

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando
Dritteljährlich 3.50 RM. monatlich 1.20 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
bedrückt für die leistungsfähigste Kolonne
über deren Raum 60 Bg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 12. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Eisenbahnunglück bei Rahnsdorf.

Neunzehn Streckenarbeiterinnen getötet.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 11. November 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Klares Herbstwetter begünstigte die beiderseitige Artillerie- und Fliegeraktivität.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich der Acre brachte eine unserer Patrouillen aus der feindlichen Stellung zwei Maschinengewehre zurück.

Bei einem Nachtangriff gelang es den Engländern, nordöstlich von Concrelette, in geringer Breite in unseren vordersten Graben einzudringen.

Den Bombenangriffen der feindlichen Flieger gegen Ortschaften hinter unserer Front sind gestern 9 Einwohner des besetzten Gebiets zum Opfer gefallen; der angerichtete militärische Schaden ist gering geblieben.

Im Luftkampf und durch Abwehrgeschosse sind gestern wiederum 10 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Mit starken neu herangeführten Kräften versuchten die Russen vergeblich, uns die bei Strobowa gewonnenen Stellungen zu entreißen.

An der Karajowka drangen deutsche Truppen in die russische Hauptstellung südwestlich von Frolow. Aradnolefse ein und wiesen nachts fünfmalige heftige Gegenstöße des Feindes ab.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Am Smotrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg; sie führten 60 Russen gefangen aus den genommenen und zerstörten Stellungen zurück.

Die Angriffe deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen an der Nordfront von Siebenbürgen sind erfolgreich weiter geführt worden.

Westlich der Strafe von Predeal auf Sinaia wurden mehrere verchanzte rumänische Linien im Sturm genommen und 160 Gefangene gemacht.

An den Passstraßen weiter westlich spielten sich gestern nur kleinere Kämpfe ab, bei denen einige Höhenstellungen von uns gewonnen und 200 Gefangene eingebracht wurden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenau.

Unverändert.

Mazedonische Front.

Südlich von Korca haben sich Gefechte unserer Seitenabteilungen mit französischen Truppen entwickelt.

Im östlichen Teil der Ebene von Monastir und auf den Höhen nördlich der Cerna wurden von französischen und serbischen Kräften mehrmals Angriffe unternommen, die verlustreich scheiterten.

An der Struma-Front lebte die Artillerietätigkeit beiderseits des Ruzsowo-Sees auf.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 11. November 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Mts-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erkämpften österreichisch-ungarische und deutsche Truppen sechs hintereinander liegende rumänische Stellungen und behaupteten diese gegen zwei feindliche Angriffe.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Ostlich der Karajowka nahmen deutsche Truppen in schneidigem Angriff ein 120 Meter breites Grabenstück der feindlichen Hauptstellung. Fünf russische Gegenangriffe an dieser Stelle blieben ebenso erfolglos wie jene, die der Feind gegen die neuen deutschen Gräben bei Strobowa richtete.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Pöschel, Feldmarschalleutnant.

Der Tod auf den Schienen.

Spennik, 11. November. Heute vormittag fuhr in der Nähe von Wilhelmshagen an der Elbbahn der Ballanzug in eine Schar von Streckenarbeiterinnen. Neunzehn Frauen wurden getötet, eine verletzt.

Berlin wurde gestern nachmittag durch die Nachricht von einem schweren Eisenbahnunglück aufgerüttelt, das sich unmittelbar vor seinen Toren, bei Rahnsdorf in den frühen Vormittagsstunden ereignet hatte. In eine Kolonne von 22 Streckenarbeiterinnen war der Ballanzug hineingefahren, 19 der Frauen und Mädchen waren auf der Stelle tot, eine verletzt.

Ein Bericht schiebt die Schuld an der Katastrophe den Opfern selbst zu, die eben erst „in übermütiger Stimmung“ einem vordurchfahrenden Militärzuge zugewinkt und dabei offenbar die Warnungssignale überhört hätten.

Nichtig kann dagegen sein, daß die Arbeiterinnen, die inmitten eines starken Nebels ihre schwere Arbeit verrichteten, auf die Gefahren ihres Berufs noch nicht so scharf eingestellt waren, wie es alterfahrene Streckenarbeiter sind.

Der traurige Fall von Rahnsdorf sollte der ganzen arbeitenden Frauenwelt zu Denken geben. Soweit auch die arbeitenden Frauen heutzutage von „übermütigen Stimmungen“ entsetzt sind, so fehlt doch vielen von ihnen der volle Ernst, der der gegebenen Lage entspricht.

Auch die Frauen in ihrer Masse müssen begreifen, was die Organisation für sie bedeutet. Sie müssen begreifen, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß ihrer Menschenvürde Schutz, ihren Forderungen nach besseren Lebensverhältnissen Nachdruck verleiht und zugleich auch die Unfallgefahren in ihrem Verufe vermindert.

Der schlecht entlohnte, unterernährte, überbeschäftigte Arbeiter, der das tägliche Opfer des Betriebsunfalles „aus eigenem Verschulden“ ist, bildet das durchschnittliche Material, das die Arbeiterbewegung in der Periode frühkapitalistischer Entwicklung vorfindet.

Wilson's sichere Mehrheit.

Die Stimmenabgabe bei der nordamerikanischen Präsidentschaftswahl hat nach der „Woffischen Zeitung“, die sich auf private Kabelmeldungen stützt, folgendes Ergebnis gezeigt: Wilson erhielt 284, Hughes 242 Stimmen.

Für Wilson stimmten die Staaten Alabama mit 12 Stimmen, Arizona 2, Arkansas 9, Colorado 6, Florida 6, Georgia 14, Idaho 4, Kansas 10, Kentucky 13, Louisiana 10, Maryland 8, Mississippi 10, Missouri 18, Montana 4, Nebraska 8, Nevada 3, North Carolina 12, Ohio 24, Oklahoma 10, South Carolina 9, Tennessee 12, Texas 20, Utah 4, Virginia 12, Washington 7, Wyoming 8, Minnesota 12, New Mexico 3, California 13, North Dakota 5, zusammen für Wilson 284 Stimmen.

Für Hughes stimmten die Staaten Connecticut 7, Delaware 3, Illinois 29, Indiana 15, Iowa 13, Maine 8, Massachusetts 18, Michigan 15, New Hampshire 4, New Jersey 14, New York 45, Pennsylvania 33, Rhode Island 6, South Dakota 5, Vermont 4, West-Virginia 8, Wisconsin 13, zusammen für Hughes 242 Stimmen. (Zweifelhaft Oregon 5 Stimmen.)

New York, 10. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Leiter der Wahlkampagne für Hughes weigern sich, zuzugeben, daß Wilson wieder gewählt worden sei, da sie glauben, daß vielleicht Fehler gemacht worden seien und das Wahlergebnis sich in einigen Staaten bei der amtlichen Nachzählung der Stimmen vielleicht ändern werde.

Süden gewählt worden ist. Einige Blätter vermuten, daß die weiblichen Stimmen in den Staaten Washington, Idaho, Colorado, Arizona, Kansas, Nevada, Wyoming, Kalifornien, Montana und Utah Wilson gestützt haben.

Amsterdam, 11. November. (Z. U.) Nach einer Mitteilung des „Times“-Korrespondenten in New York hat Wilson noch einer offiziellen Stimmenaufnahme seine Wahl lediglich Kalifornien zu danken, wo die Republikaner schwere Verluste erlitten haben.

Die griechischen Wirren.

London, 10. November. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Athen vom 8. November: Die Regierung hat bei der Entente Einspruch gegen die Bemühung ihrer leichten Seestreitkräfte erhoben.

London, 11. November. (Z. U.) Ueber den Inhalt der Note, die England und Frankreich an die griechische Regierung gerichtet haben, wird strengste Verschwiegenheit bewahrt. Die griechischen Minister lehnen es ab, hierüber irgendwelche Mitteilungen zu machen, bevor die Angelegenheit nicht geregelt ist.

Arbeiter erst den Wert ihres eigenen Lebens schätzen gelehrt. Sie hat die Gewissen ausgerüttelt und der Welt die Erkenntnis beigebracht, daß Arbeiterblut nicht weniger wertvoll ist als anderes Menschenblut. Durch sie werden die Unfälle in Fabrik und Werkstatt im Gegenstand immer wieder einsehender parlamentarischer Debatten, werden Gesetzgebung und Verwaltung genötigt, dem Schutz der Arbeiter gegen Unfälle immer erneute Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Krieg hat uns auch in dieser Beziehung einen empfindlichen Rückschritt gebracht. Die Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung wurden auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt, an die Stelle organisierter Männer traten unorganisierte Frauen. Die Folgen werden in der Unfallstatistik hervortreten, für sie bildet das Unglück von Rahnsdorf nur eine bescheidene Ziffer.

Und das eben ist es, was die Bedeutung dieses Unglücks über den Einzelfall hinaus ins Allgemeine erhebt. Daß neunzehn Frauen mit einem Schläge von einem Eisenbahnzug erfasst und zermalmt werden, ist ein Ereignis, das sich vor unserer Vorstellungskraft zu einem erschütternden Schauspiel gestaltet. Wenn aber hier und dort ein Opfer fällt, eines nach dem andern, so bleibt das Geschehnis über den engen Kreis der Augenzeugen hinaus fast unbemerkt.

Neunzehn Frauen haben in Rahnsdorf das Warnungssignal überhört und bezahlten diese Unachtsamkeit mit ihrem Leben. Der Fall von Rahnsdorf selbst aber ist ein Warnungssignal nicht nur für Neunzehn, sondern für alle Welt und ganz besonders für die Millionen der Arbeiterinnen, die der Krieg in die Munitionsfabriken, in die Bergwerke, zu den Erdarbeiten, in den Post- und Eisenbahndienst getrieben hat. Sie sollen wach werden und ihre Lage begreifen lernen, sie sollen durch Anschluß an die Gewerkschaften ihren Selbstschutz organisieren! Darin werden die unglücklichen Opfer von Rahnsdorf wenigstens nicht vergeblich gefallen sein!

(Verlegt siehe Beilage.)

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 10. November. (W. Z. V.) Generalkriegsbericht vom 10. November. Mazedonische Front: Südlich vom Prespasee wies unsere Kavallerie den Angriff zweier feindlicher Kompagnien ab. An der Front vom Prespasee bis zur Mündung der Struma für eine günstige Patrouillengefächte und das gewöhnliche Artilleriefeuer, dieses lebhaft im Cernabogen, aber zeitweise unterbrochen. Unsere Artillerie rief durch wirksames Feuer mehrere Explosionen unter den von ihr beschossenen feindlichen Batterien hervor. Angriffe feindlicher Infanterie bei den Dörfern Nahovo und Barabtschuma wurden mühselos abgewiesen. An der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front: Längs der Donau an verschiedenen Abschnitten Artillerie- und Infanteriefeuer. Desterreichisch-ungarische Monitore nahmen bei Giurgiewo zwei rumänische Schlepper, von denen einer mit 600 Tonnen Petroleum beladen war. In der Dobrußa nichts Wesentliches zu melden. Bei der Cernavodabrücke zwang unsere Artillerie auf dem linken Donauufer vorstoßende feindliche Einheiten sich gegen die Station Dunarea zurückzuziehen. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

Aus der Aussage eines an unsere Küste getriebenen Russen eines Heizers vom russischen Großlinienschiff „Imperatriza Maria“ geht mit Sicherheit hervor, daß dieses Großlinienschiff bei Sulina (Fleodoffa-Insel) durch eine Minenexplosion versenkt worden ist.

(Die „Imperatriza Maria“ war eines der vier russischen Großkampfschiffe der Schwarzen-See-Flotte. Das Schiff verdrängte 23 400 Tonnen und lief 21 Knoten.)

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 10. November. (W. Z. V.) Generalstabbericht. An keiner Front ein wichtiges Ereignis.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 10. November nachmittags. (W. Z. V.) Zeitweilig aussehendes Geschützfeuer und Scharmügel auf verschiedenen Teilen der Front.

Zukunft: Große beiderseitige Fliegeraktivität. Es fanden 77 Luftkämpfe statt. Bei Auberde wurde ein Bomber abgeschossen. Ein Bomber wurde bei St. Omer-le-Grand zur Landung gezwungen, die beiden Flieger wurden gefangen genommen. Ein anderes Flugzeug wurde abgeschossen und sieben mußten in den deutschen Linien niedergehen. An der Somme waren französische Bombenwerfergeschwader mehr als 700 Geschosse auf die deutschen Verbindungen und Lager und auf die Bahnhöfe von Lens und Bouziers; 270 weitere Geschosse wurden auf die Hochöfen von Algringen bei Diebenthor, auf den Flugplatz von Dieuze, den Bahnhof von Courcelles-sur-Vie und auf die Flugzeugschuppen von Frecahy abgeworfen.

Vom 10. November abends: Nördlich von der Somme haben wir uns in Besitz mehrerer Schützengrabenrücken des Feindes nördlich von Lesboeufs und in der Gegend von Saillies gesetzt, ein deutscher Gegenangriff auf letzteren Punkt wurde mühselos abgewiesen. Wir machten Gefangene. Südlich von der Somme andauerndes Geschützfeuer, das in den Abschnitten von Pressotte und von Ablaincourt zeitweise ziemlich heftig war. Auf dem rechten Ufer der Maas von beiden Seiten starke Tätigkeit der Artillerie auf der ganzen Front zwischen den Steinbrüchen von Handromont und Damloup. Kein Infanteriegefecht. Auf der übrigen Front verlief der Tag ruhig.

Orientarmee. Im Cernabogen scheiterten neue Angriffe auf die serbischen Stellungen. Das schlechte Wetter hält auf der ganzen Front der Orientarmee an. Englische Flieger warfen Bomben auf die Bahnhöfe von Dorna und Buljovo.

Belgischer Bericht. Lebhaftige Artillerietätigkeit auf der ganzen belgischen Front, besonders südlich von Neuport und in der Gegend von Dignauden. Bombenkampf in der Richtung auf Eternstraete.

Die englische Meldung.

Vom 10. November nachmittags. (W. Z. V.) Die Artillerie zeigte an verschiedenen Stellen der Front auf beiden Ufern der Aaere im Laufe der Nacht beträchtliche Tätigkeit. Die Deutschen machten viel Gebrauch von Gasgeschossen. Nördlich von Festubert wurden deutsche Schützengrabensmörser von der Artillerie und von britischen Schützengrabensmörsern zum Schweigen gebracht.

Vom 10. November abends: Die Lage ist unverändert. Infolge des besseren Wetters herrschte gestern starke Fliegeraktivität. Es wurden viele Streifen gegen Verbindungsstellen, Lager und Forträte des Feindes ausgeführt und diese mit Bomben besorfen. Es wurde beinahe ununterbrochen in der Luft gekämpft. Ein englisches Schwadron von 30 Flugzeugen begegnete einem aus 80 bis 40 Flugzeugen bestehenden feindlichen Schwadron. Es kam zu einem Luftgefecht. Das feindliche Schwadron wurde durchbrochen und zerstreut. Es wurde beobachtet, daß 6 feindliche Flugzeuge

aus dem Kampf geschieden. Aber infolge des Ernstes des Gefechts konnten sie nicht bis zum Boden beobachtet werden. Das Ergebnis anderer Gefechte war, daß weitere 9 feindliche Flugzeuge heruntergeholt und beschädigt wurden. Von drei von ihnen ist bekannt, daß sie vernichtet wurden. Ein feindlicher Drachendragon wurde angegriffen und brennend zum Absturz gebracht. Sieben von unseren Flugzeugen werden vermisst.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 10. November. (W. Z. V.) Besfront: In der Gegend von Strobowa ergriff der Feind mehrmals die Offensive und zwang, trotz des erbitterten Widerstandes unserer Abteilungen, die sieben Angriffe abzuweisen, unsere Truppen, sich auf die zweite Linie ihrer Gräben zurückzuziehen. Der Gegner benutzte bei diesen Angriffen Flammenwerfer. An der Bystrica waren unsere Aufklärungsabteilungen in der Gegend der Dörfer Pabilow, Diefec Staro und Pogorodszan stark erfolgreich tätig. In der Gegend südlich von Dorna Watra machte der Gegner im Tal der Bystrica bei den Dörfern Dofla, Tolniec Pantina einen Gegenangriff, der uns zur Räumung mehrerer Höhen zwang, die wir am Vorabend besetzt hatten. Der Kampf geht hier weiter.

Kaufasufont: In Richtung auf Hamadan schlugen wir in der Gegend des Dorfes Kuridjan den Angriff einer türkischen Kompagnie zurück.

Rumänische Front: Erstens siebenbürgische Front. Wir schlugen durch Feuer einen feindlichen Angriff im Troutsale zurück. Westlich des Brizutales drängte der Gegner bei einem Angriff die rumänischen Truppen vier Werst nach Süden zurück. In der Richtung auf Predeal ergriffen die Rumänen die Offensive, indem sie die linke Flanke des Feindes überflügelten. Der Kampf dauert an. In Richtung Kimpolung wiesen wir feindliche Angriffe bei Remocsi ab.

Zweitens Donaufont: Unsere Kavallerie- und Infanterieabteilungen besetzten den Bahnhof von Dunarea, drei Werst westlich von Cernavoda. Es wird um den Besitz der Brücke von Cernavoda gekämpft. Wir zählten in dem eroberten Abschnitt über 2000 Leichen, machten Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr. Wir besetzten die Stadt Chirsovo und das Dorf Ruslui und die Höhen drei Werst südlich von Kaimibja.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 10. November. (W. Z. V.) Ununterbrochen schlechtes Wetter behinderte die Artillerietätigkeit. Die Infanterietätigkeit gab Anlaß zu kleinen Gefechten im Giumellatale (Vedrotal), im Abschnitt der Cima di Cupola (Dobvano) und am Oberlauf des Charco (Garnen). Im Nordabschnitt des Cardo begrabigten wir beim Vorrücken einige Stellen der Front und machten an 30 Gefangene. Cadorna.

Rumänischer Bericht.

Vom 10. November. (W. Z. V.) Nord- und Nordwestfront. An der Moldaugrenze und bis Bredelus ist die Lage unverändert. Im Prachovatale sehr heftige Kämpfe, besonders auf dem linken Flügel. In der Gegend von Dragoslavle Artilleriegefecht. Der Kampf geht in der Gegend des Kl weiter. Im Jitule und bei Orsova ist die Lage unverändert.

Südfront: An der Donau Artilleriegefecht. Ein Monitor und zwei Wachboote des Feindes, die sich der Giurgiubrücke näherten, wurden durch Artilleriefeuer gezwungen, sich zurückzuziehen. In der Dobrußa nichts Neues.

Fliegerangriff auf das Saargebiet.

Berlin, 11. November. (W. Z. V.) Feindliche Flugzeuge griffen am 10. November zwischen 11 und 1 Uhr mittags Ortschaften und Industrieanlagen im Saargebiet an. Die Ortschaften Wölklingen, Wehrden und Forbach wurden mit Bomben belegt, drei Einwohner getötet, zwei leicht und zwei schwer verletzt. Militärischer Sachschaden ist nicht entstanden, der übrige Sachschaden ist gering.

Belgisches Flugzeug über holländischem Gebiet abgeschossen.

Amsterdam, 11. November. (Z. U.) Der „Lud“ meldet man aus Mosker: Am Freitagabend gegen 1/7 Uhr wurde in der Nähe des Ortes eine Flugmaschine, die mit zwei belgischen Offizieren bemannt war, abgeschossen. Die beiden Offiziere wollten anfänglich landen, stiegen jedoch wieder in die Höhe, als sie bemerkten, daß sie sich verirrt hatten. Ein Offizier war durch die Schüsse der holländischen Soldaten schwer verwundet worden, und wurde bewußlos aus dem Flugzeug gehoben. Der andere Offizier kam ohne jeden Schaden davon. In der Flugmaschine wurden 45 Bomben mitgeführt. — Aus dem Haag wird hierzu gemeldet, daß die beiden belgischen Offiziere interniert, und das Flugzeug unter Bewachung gestellt wurde.

Vom U-Boot-Krieg.

Bern, 10. November. (W. Z. V.) Die „Temps“ meldet ist der norwegische Kohlendampfer „Furuland“ versenkt worden. Bern, 10. November. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm des „Petit Parisien“ aus Toulon hat der Marineminister eine gerichtliche Untersuchung über den Verlust nachstehender Schiffe angeordnet: „Provence“, versenkt durch den Dampfer „Galina“, Kleiner Kreuzer „Rigel“, versenkt durch ein feindliches U-Boot, Kanonenboot „St. Louis IV“ versenkt durch einen englischen Dampfer.

Berlin, 11. November. Nichtamtlich. (W. Z. V.) Zu der bereits gemeldeten Aufbringung des holländischen Postdampfers „Koningin Regentes“, von Vlissingen nach London unterwegs, erfahren wir noch: Gleich nach dem Anhalten wurden von dem Dampfer mehrere Säcke, anscheinend Post enthaltend, über Bord geworfen. Einer von ihnen wurde von dem Unterseeboot aufgefischt; er enthält in der Hauptsache Zeitungen für das Auslandskontor in London. Dreißig wehrfähige feindliche Staatsangehörige, die sich an Bord des Dampfers befanden, sind festgenommen, darunter ein englischer Soldat, der aus dem holländischen Internierungslager beurlaubt war.

London, 10. November. (W. Z. V.) Amtlich. Die Admiralität teilt mit, daß am frühen Morgen ein Angriff auf den Hafen und die Unterseebootnester von Ostende und Zeebrugge durch ein Geschwader von Wasserflugzeugen unternommen wurde. Es wurden Bomben von einem großen Gesamtgewicht abgeworfen. Das Ergebnis war befriedigend.

Amsterdam, 11. November. (W. Z. V.) „Handelsblad“ meldet, daß die beiden englischen Fischdampfer „Relie“ und „Titan“ zum Sinken gebracht worden sind. Die Besatzungen sind durch vorüberfahrende Schiffe aufgenommen und nach England gebracht worden.

„Bethmann Hollwegs Friedensrede“.

Kopenhagen, 11. November. (W. Z. V.) In einem Leitartikel der Zeitung „Politiken“ mit der Ueberschrift „Bethmann Hollwegs Friedensrede“ heißt es: Der Punkt der Rede, der zuerst und ganz unmittelbar die Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist die Erklärung, daß der Reichskanzler niemals die Annexión von Belgien als Deutschlands Absicht bezeichnet, und ferner seine allgemeine Bemerkung,

daß Machtpolitik keine Grundlage für einen wirklichen internationalen Friedensbund abgeben könne. Selbst wenn der Reichskanzler hierfür heftig angegriffen werden sollte, bleibt die Tatsache doch bestehen, daß er Worte gesprochen und Wege gezeigt hat, die weit über die Erörterung der Kriegsziele hinausreichen. — Der Artikel schließt: Lord Grey und Bethmann Hollweg polemisierten miteinander, wer Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges ist. Sie begegnen sich aber in dem Wunsch nach baldigem Abbruch und einem Frieden, der den Grundriß des Rechtes anerkennt und Sicherheit gegen zukünftige Kriege bietet. Diese Uebereinstimmung ist ein Ausgangspunkt in der Kriegsfürsinn. Von allen Reden, die während des Krieges von leitenden Staatsmännern gehalten worden sind, ist Bethmann Hollwegs letzte Rede die bemerkenswerteste, gerade weil sie von deutscher Seite kommt und sie ist diejenige, die am weitesten in die Zukunft hineingeht, indem sie Hoffnungen auf eine neue Ordnung der Gesellschaft erweckt, wo die Grundlage des Friedens triumphieren.

Die polnischen Legionen.

Wien, 7. November. Von Stabsquartier der polnischen Legionen wird mitgeteilt: Von dem Divisionskommando, in dessen Verband polnische Legionen zuletzt gekämpft haben, wurde der nachstehende Befehl erlassen:

Im Felde, Oktober 1916.

Der Gedanke, die von so viel Vaterlandsliebe getragene Legion zu führen, hat mich stets mit Stolz und Freude erfüllt. Allen Angehörigen der tapferen Legionen spreche ich meine volle Anerkennung und den innigsten Dank für ihre unermüdete Pflichterfüllung, aufopfernde Haltung und die Todesbereitschaft aus, mit der sie in aufrichtiger Waffenbrüderchaft mit den verbündeten Armeen erfolgreich alle russischen Angriffe abgeklagen haben. Besonders dankbar gedenken wir des 3. August, da die Legionen durch einen brillanten Gegenangriff den Feind, der in unsere Schützengräben eingedrungen war, siegreich hinausgeworfen haben. Die ruhmreiche Geschichte der tapferen Legionen, wurde am Stobod durch neue glänzende Vorbeeren bereichert. Ruhm und Sieg den tapferen polnischen Legionen. Meine herzlichsten Glückwünsche für die Zukunft.

v. Kneufel, Generalleutnant.

Durch den obigen Befehl wurden polnische Legionen nach einer mehr als zweijährigen ununterbrochenen Tätigkeit in der Feuerlinie auf Verfügung des Armeekommandos in den Etappenraum zurückkommandiert, wo ihnen eine mehrwöchentliche Ruhe und Sammlung gewährt wird.

Ein Kriegsruf von Lloyd George.

London, 11. November. (Z. U.) In einer großen politischen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, in der gegen einen voreiligen Frieden protestiert wurde. In der Resolution wird erklärt, daß ein dauerhafter Frieden allein möglich sei, wenn man unerschütterlich an der gemeinsamen Sache der Verbündeten festhalte und die Regierung überall da unterstütze, wo die kräftige Fortsetzung des Krieges bis zum vollständigen Siege es verlange. Es wurde ein Brief des Ministers Lloyd George vorgelesen, worin es heißt: „Wales ist mit Recht stolz auf seine Söhne. Ich bin fest davon überzeugt, daß das Volk von Wales jedem Ruf, den man an seine Bürger richtet, folgen wird. Die nächste Zukunft schon kann eine höhere Anspannung und größere Opfer verlangen, und Wales muß bereit sein, diese zu bringen. Der Geist eines Volkes wird nach der Entschlossenheit bewertet, mit der es einer schwierigen Lage fähig ins Auge blickt. Das Volk von Wales ist noch niemals geprüft worden, ohne seine Prüfung nicht bestanden zu haben.“

Britische Arbeitereinberufung.

London, 10. November. (W. Z. V.) „Times“ berichtet, daß die Kommission zur Verstärkung der britischen Armee gestern der Regierung ihren Bericht unterbreitet hat. „Times“ glaubt, daß man in der Erwartung, daß das bisherige System der militärischen Betriebe aufgehoben werden soll, wahrscheinlich enttäuscht werden wird. Es werden wahrscheinlich alle gelernten Arbeiter in Waffen- und Munitionsfabriken oder anderen wichtigen Werken in ihren Stellungen bleiben. Angenommen ist, daß die halb- und nichtgelernten Arbeiter unter einer gewissen Altersgrenze, die vermutlich auf 25 oder 26 Jahre festgesetzt werden wird, soweit sie für den Kriegsdienst tauglich sind, unter die Waffen gerufen werden.

Gegen die englischen Konservativen.

London, 10. November. (W. Z. V.) „Daily News“ meldet: Es ist offenbar die Absicht der Abgeordneten, die in der irischen Frage Opposition machen, die verschiedenen Elemente, die gegen die Regierung protestieren, zu einer Partei zu vereinigen. Die Fragenliste von gestern mit 235 gedruckten Fragen zeigt deutlich, daß der Angriff vor allem den konservativen Ministern gilt. Die irischen Nationalisten unterstützen trotz zahlreicher gegen sie gerichteter Radelstiche Carsons die Unzufriedenen.

Die Transportkrise in Frankreich.

Bern, 11. November. (W. Z. V.) Die französische Kammer nahm gestern die Aussprache über zahlreiche vorliegende Interpellationen zur Transportkrise auf. Der erste Redner Lesas führte aus, seit einem Jahr nehme die Krise einen immer größeren Umfang an, sie betreffe alle landwirtschaftlichen Gebiete, handle es sich um die Wein- oder Rastgewinnung, um die Getreideproduktion oder um die Viehzucht. Um den Mangel zu beheben, verlangt Lesas vor allem, daß die Eisenbahnfabriken nicht mehr Geschosse herstellen. Fast alle anderen Redner betonten, daß die Verwaltung der Eisenbahnbetriebe den Militärpersonen abgenommen und die ursprüngliche Zivilverwaltung wieder eingerichtet werden müsse. Nur dadurch könne die Leistungsfähigkeit der Betriebe erhöht werden. Mehrere Abgeordnete aus dem Norden und Süden Frankreichs verlangten dringende Zustellung von Waggons.

Th. Stauning über praktische Arbeiterpolitik.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Dänemarks und gegenwärtige Minister Th. Stauning schreibt der Zeitschrift „Globe“:

Werte Genossen!

Sie haben von mir für die „Globe“ ein paar Worte gewünscht über die Politik der dänischen Sozialdemokratie.

Diese kann mit kurzen Worten als eine praktische Arbeiterpolitik, in der die Realitäten die Hauptsache sind, bezeichnet werden. Wir haben noch niemals die Scheidelinien zwischen uns und den bürgerlichen Parteien verwischt und niemals haben wir das sozialistische Ziel aus dem Auge verloren und ebenso wenig irgendwelche sozialistische Theorie. Aber wir haben — fern von allem Doktrinarismus — die notwendige Rücksicht auf das gesellschaftliche Leben und dessen Forderungen genommen.

Auf der Grundlage des herrschenden Wahlgesezes haben wir bei den Wahlen öfters mit der freisinnigen bürgerlichen Partei zusammengearbeitet, und haben dadurch erreicht, daß die ausgeprochen reaktionären Parteien beiseitegeschoben und geschwächt

wurden. Dabei haben unsere Kandidaten jedoch jederzeit unerschütterlich auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms gestanden.

Kunmehr, nachdem das Wahlgesetz verändert worden ist, sind wir entschlossen, den Wahlkampf nach allen Seiten hin zu führen; daraus folgt aber natürlich nicht, daß die sozialdemokratische Partei zu einer bedeutungslosen Sekte herabgesunken ist, die keine praktische Politik mehr treiben will. Wir werden den Beistand der freisinnigen Kreise zur Lösung praktischer Aufgaben auch fernerhin in Anspruch nehmen, und wir werden auch wie bisher, wenn wir vor die Wahl gestellt werden, entweder nichts zu erreichen oder einen bedeutungsvollen Fortschritt zu erringen, das letztere wählen und dabei auch den Vorwurf mangelnder Prinzipienfestigkeit keineswegs scheuen.

In der angegebenen Weise ist unsere Politik auch während des Krieges geführt worden, und die praktische Arbeit der verflochtenen Jahre hat es uns leichter gemacht, diese Linien einzuhalten; weit übler wäre unsere Lage gewesen, wenn uns erst die Macht der Verhältnisse hätte zwingen müssen, mit einer doktrinären Politik zu brechen.

Zu letzte politische Ereignis in Dänemark — der Eintritt eines Sozialdemokraten in das Ministerium — muß von demselben praktischen Gesichtspunkte aus, welcher bisher der vorherrschende gewesen, betrachtet werden; wir dürfen nicht durch passives Beiseitegehen dazu beitragen, daß die Politik unseres Landes Schwankungen unterworfen wurde, welche für die Arbeiterklasse — ja vielleicht für die gesamte Bevölkerung — unangenehme Wirkungen im Gefolge hätte haben können.

Der gesunde, praktische Sinn unserer Partei hat es allen Genossen verständlich gemacht, daß wir so handeln mußten, wie es uns von der Reichstagsfraktion empfohlen wurde, und dieses geschah mit einer Einstimmigkeit, welche die politische Vertretung der Arbeiterinteressen in der Arbeit der Zukunft außerordentlich kräftigen wird.

Unter allen Verhältnissen hat aber die Partei den Weg befolgt, daß ihre verantwortlichen Organe die Entscheidung in Händen hatten; so geschah es auch jetzt, als die politischen Zustände unsere Teilnahme an der Regierungsarbeit erforderlich machten.

Der Reichstag mußte die Abhaltung des Parteitag der Sozialdemokratie abwarten, und dessen Entscheidung zeigte eine solche politische Reife und ein solches politisches Verständnis, daß für die zukünftige Arbeit der Partei das Beste zu hoffen ist.

Mein Eintritt in das Ministerium verändert weder meine noch die Auffassung der Partei über die Zustände in der kapitalistischen Gesellschaft. Ich sehe im Ministerium als Sozialist und wirke für die Interessen meiner Klasse sowohl hier wie unter allen anderen Lebensverhältnissen, und ich sehe dort nur solange, wie meine Partei meine Teilnahme an der Regierungsarbeit gutachtet, und wenn ich einmal diesen Sitz verlassen werde, geschieht dieses, ohne daß ich irgendwo in meiner sozialistischen Ueberzeugung wankend geworden sein werde.

L. H. Stauning.

Das türkische Parlament.

Konstantinopel, 11. November. (W. Z. V.) Die Eröffnung der ordentlichen Parlamentssitzung wird verfassungsgemäß am 14. November durch eine Thronrede erfolgen.

Kleine Kriegsnachrichten.

London, 10. November. (W. Z. V.) Reuter meldet, daß zwischen der britischen Regierung und dem landwirtschaftlichen Auswahrbureau der Niederlande ein Handelsvertrag abgeschlossen worden sei, der Großbritannien regelmäßige beträchtliche erhöhte Zufuhren niederländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse sichert. Es ist zu hoffen, daß der niederländisch-großbritannische Handel als Folge des Abkommens zum mindesten auf die frühere Höhe gebracht werde.

Rom, 10. November. Stefani. Marquis Selbagoraggi ist zum italienischen Votschafter in Paris ernannt worden.

Wien, 11. November. (W. Z. V.) Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des österreichisch-ungarischen Gesandten in Sofia, Grafen Tarnowski, zum Votschafter in Washington unter Verleihung der Geheimratswürde.

Viehhandelsverbände.

Um aus eigener Anschauung an dem Muster eines der größten preussischen Viehhandelsverbände diese für die Versorgung des Ozeans und der Bevölkerung so wichtigen Einrichtungen lernen zu können, hatte der Vorsitzende des preussischen Landesfleischamts Unterstaatssekretär Dr. Göpper die Vertreter des Reichstags, des Abgeordnetenhauses und der Presse zu einer Besichtigungsfahrt nach Posen eingeladen. Die Teilnehmer an der Fahrt konnten einen Ueberblick über den gesamten Viehhandel gewinnen, vom Ankauf bei den Erzeugern an bis zum Verkauf an die Militärverwaltung und die Kommunalverbände; sie konnten sich vertraut machen mit den Einrichtungen und dem Betrieb einer Viehsammelstelle und hatten auch reichlich Gelegenheit, ihre theoretischen Kenntnisse zu erweitern.

Wie das Vorstandsmitglied des Landesfleischamts Landrat von Haffel in einem einleitenden Vortrage auseinandersetzte, ist die Gründung der Viehhandelsverbände zurückzuführen auf die bedenklichen Erscheinungen, die sich im Dezember 1915 und Januar 1916 auf den Schlachtmärkten bemerkbar machten. Der Auftrieb an Schweinen nahm gewaltig ab; allein in Berlin sank er von 23 000 auf 8 870, auf den 16 größten Schlachtmärkten von 90 505 auf 27 000 Stück. Die Zahl der Schlachtungen war vom Dezember 1914 bis zum Dezember 1915 in Berlin von 162 700 auf 53 900 Stück zurückgegangen. Gleichzeitig nahm der Rinderauftrieb erheblich zu, und die Preise für Rindvieh stiegen. Die geringere Anlieferung von Schweinen war anscheinend durch die vorhergehende Höchstpreisverordnung für Schweine, der zunehmende Rinderauftrieb durch die Minderernte an Kauffutter bedingt. Die Versorgung des Fleisches und der einheimischen Bevölkerung begann auf Schwierigkeiten zu stoßen, einige Städte wurden so gut wie gar nicht mehr mit Schlachtwiehlieferungen versorgt.

Diese Verhältnisse nötigten zu einem schließlichen Eingriff. Der sonst eingeschlagene Weg der Festsetzung von Höchstpreisen erschien der Regierung in diesem Falle ungangbar, weil die Beschlagnahme nicht folgen konnte; den einzigen Ausweg erblickte sie in der Möglichkeit, die Erzeuger, den Handel und die Verbraucher näher zusammenzuführen. So entschloß sich der Landwirtschaftsminister, Vieherzeuger und den Handel in ein Zwangsverband zusammenzuführen, das letzten Endes die ganze Viehverorgung in Preußen durchzuführen sollte. Damit hatte die Geburtsstunde für die preussischen Viehhandelsverbände geschlagen, deren Zweck darin besteht, die Beschaffung, den Absatz und die Preise mit einzelnen Provinzen zu regeln und deren Tätigkeit sich auf den Handel mit Rindvieh, Schweinen, Schafen und Kälbern bezieht. Um die Tätigkeit der einzelnen Verbände zu überwachen und sie zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, wurde außerdem der Zentralviehhandelsverband ins Leben gerufen.

Die Hoffnung, daß der im Stande zusammengeschaffte freie Handel in der Lage sein würde, eine ausreichende Menge von Schlachtwiehlieferungen zu beschaffen, erwies sich schon in den ersten Wochen

der Tätigkeit des Verbandes als trügerisch. Infolge der schlechten Kaufkraft hatten die Rindviehbestände so gelitten, daß es schwer war, marktfähige Ware im freien Handel zu bekommen. Diese Erscheinung, die sich auch im übrigen Deutschland gezeigt haben mag, war die Veranlassung zu der Bekanntmachung des Bundesrats vom 27. März 1916 über die Fleischversorgung, die in § 9 vorschrieb, daß, soweit die Viehhandelsverbände den erforderlichen Bedarf an Schlachtwiehlieferungen nicht freihändig erwerben können, die fehlenden Mengen nach näherer Anweisung der Landeszentralbehörden von den Kreisverbänden innerhalb ihrer Bezirke aufzubringen sind. Nach der hierzu für Preußen ergangenen Ausführungsanweisung haben die Viehhandelsverbände die fehlende Menge dem Oberpräsidenten anzuzeigen. Dieser hat sie auf die Kreise unterzuteilen, die Kreise haben sie auf die Gemeinden zu verteilen, und diese haben, nötigenfalls unter Anwendung von Zwang, die Tiere zu beschaffen.

Das sind die grundlegenden Bestimmungen. In der Praxis ist es so, daß in einzelnen Provinzen das Vieh noch heute ausschließlich durch den freien Handel aufgebracht wird; in anderen Provinzen wird die wöchentlich aufzubringende Menge von Vieh auf die Kreise verteilt, die es entweder unter Beteiligung aller in der Provinz zulässigen Händler oder unter Zulassung der im Kreise vorhandenen Händler, in vereinzelten Fällen auch ohne direkte Beteiligung des Handels durch Umlage auf die einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke aufbringen. Vereinzelt hat sich auch der Brauch erhalten, daß zunächst der freie Handel aufbringt und daß der dann noch fehlende Betrag von dem Kreise im Wege der Umlage beschafft wird.

Welchen Umfang das Geschäft angenommen hat, möge man daraus ersehen, daß in allen preussischen Kreisen zusammengekommen wöchentlich aufzubringen sind 82 543 Rinder, davon 15 834 für das Feldheer, 47 452 Schweine, davon 14 740 für das Feldheer, 17 740 Hammel, davon 4348 für das Feldheer, und 24 421 Kälber. Das bedeutet unter der Voraussetzung, daß die Mengen, die jetzt gelten, auch in den anderen Vierteljahre aufzubringen sind, daß Vieh im Werte von 8 Milliarden Mark in einem einzigen Jahre zu beschaffen ist.

Es ist verständlich, daß bei einer ganz neuen Organisation von so gewaltigem Umfang nicht gleich alles so klappt, wie es sein müßte, und die Verwaltung gibt auch offen zu, daß ein Teil der Klagen berechtigt sind. Dagegen bestreitet sie, daß die Viehhandelsverbände bei gutem Willen in der Lage wären, die Bevölkerung reichlicher mit Fleisch zu versorgen. Zum Beweise dafür führt sie sich auf die Ergebnisse der letzten Viehzählungen, die keineswegs zu übermäßig hohen Hoffnungen berechtigen. In der Tat wird man ihr darin beistimmen müssen, daß es ein schwerer Fehler wäre, wollte man in den heutigen Zeiten rein schematisch genau denselben Prozentsatz schlachten wie in normalen Zeiten, und es ist verständlich, wenn der Zentralviehhandelsverband es für seine Pflicht hält, darauf zu achten, daß die einzelnen Verbände wirtschaftlich vorgehen und daß keine Eingriffe in unsere Viehbestände vorgenommen werden, die sich bald bitter rächen müßten.

Die Ansicht, daß die Viehhandelsverbände so ungeheure Gewinne einheimen, ist irrig, denn die Verbände verfolgen nach ihren Satzungen gemeinnützige Zwecke. Allerdings hat, wie Direktor Dr. Weber ergänzend hinzufügte, ursprünglich die an Händler vergütete Provision zum Teil das normale Maß überstiegen. Aber jetzt sind Vorkerkungen dagegen getroffen. Ganz ohne Gewinn können die Verbände natürlich nicht arbeiten, denn die Viehbestände werden durch die starke Ausbringung wesentlich angegriffen, und es ist notwendig, gewisse Beträge zur Verfügung zu haben, die es ermöglichen, im Interesse der Allgemeinheit die Viehhaltung wieder zu heben. Die Konjunktur, insbesondere die großen Städte, sind daran interessiert, daß hierin weislich vorgegangen und versucht wird, durch Beschaffung von Futtermitteln, Einfuhr von Vieh usw. für Auffrischung des Blutes Sorge zu tragen. Nur zu diesem Zweck dürfen eventuelle Ueberschüsse verwandt werden. Sollte sich eine Herabsetzung der jetzt 7 Proz. betragenden Gesamtprovision ermöglichen lassen, so wird das geschehen, aber das würde beim Großvieh, auf das Schlachtgewicht umgerechnet, im günstigsten Falle 1/4 bis 2 Pf. pro Pfund ausmachen, und dieser Betrag würde im Kleinhandelspreis überhaupt nicht zum Ausdruck kommen.

Ganz von der Hand weisen lassen sich die Gründe der Verwaltung nicht, denn für die Gesamtheit ist die dauernde Erhaltung unserer Viehbestände und die Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch wertvoller als etwa eine Erparnis von 50 Pf. pro Kopf und Jahr. Ein abschließendes Urteil über die Politik der Viehhandelsverbände jetzt schon zu fällen, wäre verfrüht, da sie eine kaum neumannartige Tätigkeit hinter sich haben. Jedenfalls hat die Reife mancherlei Anregungen gebracht, die besonders für die Sozialdemokratie recht wertvoll sind.

Politische Uebersicht.

Zur Erhöhung der Familienunterstützung.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die „Leipziger Volkszeitung“ führt fort, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu befehlen, weil sie bei der Abstimmung über die Resolution zur Familienunterstützung den Antrag der Arbeitsgemeinschaft über die Unterstüzung der Familien verurteilten Soldaten abgelehnt hat. Dabei geht sie aber der entscheidenden Frage aus dem Wege, nämlich der Frage, warum der Antrag nicht als selbständiger Antrag eingebracht wurde. Der Antrag der Arbeitsgemeinschaft konnte als selbständiger Antrag gestellt werden, die Geschäftsordnung war gar kein Hindernis. Wäre er als selbständiger Antrag gestellt und angenommen, dann hätte der Bundesrat dazu Stellung nehmen müssen. Man wählte aber die Form eines Ergänzungsantrages, weil man wußte, daß der Hauptantrag, der eine Erhöhung der Unterstüzungssätze für die Kriegserfrauen auf 20 M. und deren Kinder auf 10 M. vorschlag, einstimmig angenommen werden würde. Dieser Antrag sollte als Vorspann benutzt werden, die anderen Forderungen durchzuführen. Es ist zwar ein parlamentarisch zulässiges Mittel, wenn die Regierung etwas fordert, worauf sie sehr großen Wert legt, daß man dann diese Sache mit einer anderen Sache verbindet, die die Regierung als selbständige Forderung ablehnen würde.

Die Erhöhung der Unterstüzungssätze für Familien der Kriegsteilnehmer war aber keine Forderung der Regierung, sondern sie war, angeregt durch unsere Genossen, vom Hausparlament einstimmig beschlossen. Selbst wenn bei der Regierung keine Reigung zur Annahme der Forderung vorhanden war, so kann sie sich dem Druck eines einstimmigen Beschlusses des Reichstages nicht entziehen. Verband man diese Forderung aber mit einer Anzahl anderer Forderungen, wie es der Antrag der Arbeitsgemeinschaft tat, dann war die Gefahr vorhanden, daß der Antrag, statt einstimmig, mit einer knappen Mehrheit angenommen wäre, und die Regierung hätte ein billiges Mittel in der Hand gehabt, die Beschlußfassung längere Zeit hinauszuschieben oder gar ganz abzulehnen. Die Dinauschiebung von nur einem Monat kostete aber den Familien der Kriegsteilnehmer mehr als fünf Millionen Mark! Nun

wollten unsere Genossen aber nicht Millionen aufs Spiel setzen, um im glücklichen Fall ein paar tausend Mark für andere Familien zu gewinnen. Einen sicheren Vorteil für Millionen von Familien setzt man nicht leichtfertig aufs Spiel. Das war der Grund, weshalb die Genossen, die die ganze Lage übersehen, gegen den Ergänzungsantrag stimmten. Die „Leipziger Volkszeitung“ sollte aber doch den Grund mitteilen, weshalb die Anträge nicht als selbständige Anträge gestellt wurden? Befürchtete die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, daß die Anträge, wenn sie als selbständige Anträge vom Reichstage angenommen wären, von der Regierung abgelehnt würden, dann wird damit zugegeben, daß diese Anträge als Zusätze auch den Hauptantrag in Gefahr bringen konnten. War diese Gefahr vorhanden, dann gehört ein ziemlich robustes Gewissen dazu, die Summen, wovon Millionen Frauen und Kinder sich die notwendigen Lebensbedürfnisse beschaffen sollen, so leicht aufs Spiel zu setzen.

Das englische Regierungsblatt über Bethmann.

Bei Besprechung der Reichskanzlerrede sagt „Westminster Gazette“ u. a.:

Die Deutschen beschäftigen sich nicht länger mit der Größe und dem Ruhme des Unternehmens, in das sie ihr Vaterland 1914 gestürzt haben. Im Gegenteil behaupten sie einstimmig, daß sie den Krieg nicht wollten und keinerlei Verantwortung für ihn tragen. Aber gerade in dieser Ablehnung sehen wir klarer als je, welcher Art die Theorie ist, der Deutschland betreffs des richtigen Verhältnisses zwischen sich und seinen Nachbarn ausbildet. Es ist ein Verhältnis, in dem Deutschland Züchtigungen aussteht und Deutschlands Nachbarn Züchtigungen empfangen. Bethmann Hollweg will und glauben machen, daß die für den Krieg verantwortlichen Staatsmänner nicht die österreichischen und deutschen waren, die ihr erbarmungsloses Ultimatum gegen Serbien schickten, wobei sie nach ihrem eigenen Eingeständnis wußten, daß dies Rußland auf den Plan bringen werde, sondern der Jar und seine Minister, die für das serbische Opfer eintraten.

„Wir wissen,“ fährt das englische Regierungsblatt fort, „daß wir Frieden für uns hätten erkaufen können, wenn wir Oesterreich erlaubt hätten, seinen Willen Serbien aufzudrängen, oder wenn wir zugelassen hätten, daß Frankreich und Belgien Deutschland um Gnade baten. Es wäre nach unserer Meinung ein kurzer, gefährlicher und unehrenhafter Friede gewesen, aber sicherlich hätte er für eine Zeitlang für einen Preis erkaufen werden können, wenn wir in der Lage gewesen wären, diesen Preis zu zahlen.“

Man vermehrt in diesen ewigen Unterhaltungen über den Anfang eine ernsthafte Erwägung des möglichen Endes. Sie wäre entschieden wichtiger.

Die Liga der polnischen Staatslichkeit.

hat dem Reichsminister Generalgouverneur eine Dankbarkeitsumgebung zur Ueberweisung an den deutschen Kaiser übermittelt, in der es heißt:

„Wir legen in dem Momente die Garantie für die Gründung unserer heiligen nationalen Wäusche. Wir erkennen das Vertrauen, welches uns die verbündeten Monarchen hierdurch beweisen und erwidern es mit gleichem Vertrauen. Wir glauben und hoffen zuversichtlich auf die Erfüllung des im Manifest Verheißenen und sind entschlossen, selbst Gut und Blut einzusetzen, damit das Königreich Polen als Mitglied von Mittel-Europa neben seinen Verehrern sich zu einem selbständigen und starken Staat entwickele.“

Landtagswahl in Posen.

Soltan, 11. November. Amtliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtagswahl im Wahlbezirk Posen 3 wurden sämtliche 118 Stimmen für den alleinigen Kandidaten Oberregierungsrat Beyersberg-Düsseldorf (nationalliberal) abgegeben, der somit gewählt ist.

Fortschritt des Frauenwahlrechts.

Die gelesenen Köpfe haben in Neusüdwales nahmen einen Gelegenheit an, daß naturalisierter Ausländer, die den im Krieg mit England befreundeten Staaten angehören, während der Dauer des Krieges ihr Wahlrecht entzogen wird. Ein bezeichnendes Jugendstudium ist es jedoch, daß die Frauen solcher entzogenen Ausländer, wenn sie geborene Engländerinnen sind, von diesem Gesetz nicht betroffen werden, sondern ihr Wahlrecht behalten. Dies bedeutet immerhin einen Fortschritt auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit der Frau.

Hier heißt es nicht: „Deutschland in der Welt voran!“

Graf Apponyi in Berlin.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der von Oberbürgermeister Vermuth, Reichstagsabgeordneter Dr. Schiffer und Schatzsekretär a. D. Kühn geleiteten „Waffenbrüderlichen Vereinigung“ im Reichstage sprach Sonnabend (gestern) abend der Führer der vereinigten Opposition im ungarischen Abgeordnetenhause, Graf Albert Apponyi. Er genießt als vornehmer, freisinnlicher und gerecht denkender Mann große Sympathien. Er gilt als einer der ausgezeichnetsten Redner unserer Zeit und bewies gestern auch in der deutschen Sprache, die er nebst anderen fremden Sprachen ebenso beherrscht wie das Magyarische.

Der Vortragende gab Bilder aus der ungarischen Verfassungsgeschichte, deren Anfänge fast bis in vorchristliche Zeit zurückreichen. Schon sieben Jahre vor der englischen Magna charta erlangte der ungarische Kleinadel von einem bedrängten König die „Goldene Bulle“, die heute noch bei der Königskrönung beschworen wird.

Sehr interessant im Hinblick auf die vergangenem oder auch zurzeit nur unterbrochenen Verfassungslämpfe in Ungarn war es, als Graf Apponyi ausführte, daß infolge der langen Verfassungsgeschichte die königliche Macht in Ungarn von einem besonderen Nimbus umgeben ist, welcher aber nur diesem Königtum, dem allehrwürdigen ungarischen Königtum, nicht einer beliebigen monarchischen Gewalt zugute kommt. Diese Worte waren wohl nicht ausschließlich für die Berliner Zuhörer bestimmt, unter denen sich übrigens auch der österreichisch-ungarische Votschafter befand.

Vor dem Grafen Apponyi hatte der ehemalige Minister von Berezowicz über den „Kampf um die Wahrheit“ gesprochen und sich besonders gegen die Anklage gewandt, daß in Ungarn die nichtmagyarischen Nationen unterdrückt werden.

Letzte Nachrichten.

Wilson's Wahl bestätigt.

New York, 10. November. (Meldung des Vertreters von Wolffs Telegraphen-Bureau.) Wilson ist zum Präsidenten wiedergewählt.

Findelkind.

Am 4. Oktober d. J., nachmittags gegen 5 1/2 Uhr, wurde im Vorraum zur Wohnung des Restaurateurs Steinlauf, Oranienstraße 89, ein Kind männlichen Geschlechts, etwa zwei Monate alt, aufgefunden. Es war mit weißer Wäsche, die kein Zeichen hatte, weihen Fäden mit blaueisenen Armbändern und weißgestricktem Mäppchen bekleidet. Das Kind war in weiße Windeln, rotgeblümtes Stiefchen und graues Umschlagetuch eingewickelt, die besondere Kennzeichen nicht trug.

Gewerkschaftliches. Friede im Holzgewerbe.

Die zentralen Verhandlungen für das Holzgewerbe, die am Dienstag im Reichsamt des Innern begonnen wurden, sind am Freitagabend zum Abschluss gebracht worden. Sie haben ein für die Arbeiter annehmbares Ergebnis erzielt. Die Arbeiter verlangten bekanntlich eine Erhöhung der Vertragslöhne und Feuerungszulagen. Gefordert wurde eine Feuerungszulage von 33 1/2 Proz. bzw. eine Lohnerhöhung von 20 Pf. die Stunde. Die Unternehmer waren bereit, eine viel niedriger bemessene Feuerungszulage zu gewähren; sie lehnten aber jede Erhöhung der Vertragslöhne entschieden ab.

Auf diese Forderung legte aber der Deutsche Holzarbeiterverband besonderen Wert im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung der Verträge. Bekanntlich sind die Verträge im Holzgewerbe Ortsverträge, die ursprünglich einen sehr unterschiedlichen Inhalt hatten. Das Streben des Arbeitgeber-Schutzverbandes war zwar stets darauf gerichtet, den Ablaufstermin aller Verträge zusammenzulegen; der vom Deutschen Holzarbeiterverband angestrebten Vereinheitlichung des Vertragsinhalts wurde aber von den Unternehmern fortgesetzt starker Widerstand entgegengekehrt. Nur langsam wurden Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt.

Sehr große Unterschiede weisen die Verträge insbesondere noch hinsichtlich der Lohnhöhe auf. Der vertraglich festgelegte Lohn — in manchen Verträgen ist es ein Mindest-, in anderen ein Durchschnittslohn — schwankt zwischen 34 Pf. und 67 Pf. Der wirklich gezahlte Lohn geht aber gewöhnlich mehr oder weniger über den Vertragslohn hinaus. Nicht man in Betracht, daß in vielen Verträgen die letzte Lohnfestsetzung schon eine Reihe von Jahren zurückliegt, und daß während der Kriegsdauer auch in der Holzindustrie Lohnsteigerungen eingetreten sind, dann wird es verständlich, daß der Unterschied zwischen Vertragslohn und wirklich gezahlten Lohn an manchen Orten recht erheblich ist. Der Vertragslohn hat vielfach die praktische Bedeutung verloren, er kann aber, wenn er erhalten bleibt, vom Unternehmer bei passender Gelegenheit, insbesondere beim Arbeiterwechsel, als Anlaß zu Lohnkürzungen genommen werden.

Um dem vorzubeugen und um gleichzeitig praktische Vorarbeit für die künftige Vertragserneuerung zu leisten, war der Deutsche Holzarbeiterverband bemüht, jetzt schon, anlässlich der Verlängerung der Vertragsdauer auf ein Jahr, eine Steigerung und zugleich eine Vereinheitlichung der Tariflöhne herbeizuführen. Inwieweit ihm das gelungen ist, zeigen die getroffenen Vereinbarungen. Diese bestimmen, daß die vor dem Kriege vereinbarten Tariflöhne erhöht und zu ihnen eine Feuerungszulage gewährt wird in folgender Weise:

Zeitlicher Tariflohn	Wird erhöht auf	Feuerungszulage	Tariflohn einschl. Feuerungszulage beträgt nun
Bis 45 Pf.	45 Pf.	20 Pf.	65 Pf.
40—50	50	18	68
51—55	55	16	71
56—60	60	15	75
61—65	65	15	80
66 Pf. u. mehr	70	15	85

Städte, die bisher keinen Vertragslohn hatten, werden bei der nächsten Vertragserneuerung einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Lohnklasse eingereiht. Die bewilligte Feuerungszulage wird auf die zurzeit gezahlten Löhne gezahlt, und zwar werden die Löhne ab 15. November um 15 Pf. für die Stunde erhöht, der Rest der Zulage wird ab 15. Februar 1917 gewährt. Für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren beträgt die Feuerungszulage 10 Pf. die Stunde. Auf diese Zulagen können die bisher auf Grund örtlicher Vereinbarungen der Organisationen gewährten Feuerungszulagen bei männlichen Arbeitern bis zu 10 Pf., bei weiblichen und jugendlichen Arbeitern bis 5 Pf. angedreht werden. In gleicher Weise wie die Stundenlöhne werden auch die Akkordlöhne und die Montagegelde erhöht, doch soll der Montagezuschlag mindestens 4 M. pro Tag betragen. Wo bereits höhere Feuerungszulagen örtlich vereinbart sind, bleiben sie bestehen.

Ein Schlussatz der Vereinbarungen gewährt den Kriegsbeschädigten einen Anspruch darauf, nach Beendigung des Heilverfahrens in ihrem alten Betrieb wieder in Beschäftigung zu treten und sichert sie gegen unberechtigten Lohndruck.

Diese unter der Leitung des Ministerialdirektors Dr. Caspar zustande gekommenen Vereinbarungen sind ein recht beachtenswertes Dokument. Besonders im Hinblick darauf, daß sie einen wesentlichen Fortschritt im Ausbau des Tarifvertragswesens in der Holzindustrie bedeuten. Aber auch materiell bringen sie den Arbeitern in vielen Orten eine wesentliche Erhöhung der Löhne. Allerdings ist auch eine beträchtliche Zulage nur ein unvollkommener Ausgleich für die durch die Lebensmittelteuerung eingetretene Erschwerung der Lebenshaltung.

Durch diese Vereinbarung wird der Friede im Holzgewerbe, der in den letzten Tagen zeitweilig recht bedroht schien, erhalten. Die Verträge sind um ein Jahr verlängert und gelten nun bis zum 15. Februar 1918.

Berlin und Umgegend. Keine bedingte Abnahme von Arbeiten.

Wegen Auszahlung vom Stücklohn einbehaltener Beiträge klagte ein Schneider bei der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten gegen die Werkgenossenschaft der Schöneberger Schneiderinnung. Die Werkgenossenschaft in Schöneberg ist gegenüber den militärischen Beschaffungsstellen (Bekleidungsämtern usw.) Auftragnehmerin für Militärbekleidung. Sie gibt durch ihren Ausgeber die Arbeit an die Innungsmeister. Auch der Innungsmeister E. erhielt von ihr Arbeit, nämlich Militärmäntel. Für ihn arbeitete der gegen die Werkgenossenschaft klagende Schneider. Als E. militärisch eingezogen wurde, übernahm es der Arbeit ausgeber der Werkgenossenschaft auf die Bitte E.s, dem Arbeiter des Eingezogenen die Mäntel abzunehmen und zu bezahlen. Außer Mänteln für E. machte der Schneider aber auch noch andere, die ihm W., der Arbeit ausgeber der Werkgenossenschaft, direkt in Arbeit gegeben hatte. Wegen notwendiger Änderungen und wegen der Verzögerung kam es nachher zum Streit. Der Arbeit ausgeber W. teilte dem Kläger mit, daß er ihm für acht Mäntel je 1,50 M., zusammen also 12 M. abziehe, weil die Mäntel in dem gelieferten Zustande nicht brauchbar gewesen wären. Auch der Innungsmeister E. zog dem Kläger für fünf Mäntel Beträge

von je 1,50 M., also 7,50 M. ab. Die 12 M. und die 7,50 M. verlangte nun der Kläger durch die Klage gegen die Werkgenossenschaft.

Die Schlichtungskommission beschäftigte sich mit der Sache in ihrer letzten Sitzung. Die Werkgenossenschaft der Schöneberger Schneiderinnung wurde durch ihren Arbeit ausgeber W. vertreten. Er machte geltend, die Mäntel seien sehr schlecht gearbeitet gewesen. Als er die Mäntel für E. abnahm, habe er gleich zum Kläger gesagt, er nehme die Mäntel nur unter Vorbehalt ab. Von einer regelrechten Abnahme könne deshalb keine Rede sein.

Verschiedene Beifitzer hielten Herrn W. vor, daß eine Abnahme „unter Vorbehalt“ etwas Eigenartiges sei, was nicht gebilligt werden könne. Entweder die Arbeit werde abgenommen oder sie werde nicht abgenommen.

Ein Arbeitgeberbeifitzer betonte: „Das Amt (Bekleidungsamt) gibt der Innung bzw. ihrer Werkgenossenschaft Arbeit in der Annahme, daß sie sie an Innungsmitglieder weitergibt. Hier ist aber auch Arbeit durch den Vertreter der Werkgenossenschaft direkt an den Kläger weitergegeben worden, der nicht der Innung angehört.“

Den Anspruch auf Auszahlung des Abzugs von 7,50 M., der auf die für den Innungsmeister E. gefertigten Mäntel entfiel, mußte der Kläger gegenüber der Werkgenossenschaft fallen lassen, da es sich dabei um eine Sache handelte, die nur das Verhältnis des Klägers zu E. direkt anging, nicht aber die Werkgenossenschaft.

Dagegen verurteilte die Schlichtungskommission die Genossenschaft, den weiteren, acht Mäntel betreffenden Abzug von 12 M. an den Kläger auszugahlen. Es ist fest, daß diese acht Mäntel „abgenommen“ worden seien. Dann müßten sie aber auch bezahlt werden.

Zweimal nicht zum Termin erschienen.

Eine Arbeiterin klagt auf Nachzahlung von 12,60 M. gegen den Schneider Rierswa aus Schöneberg. Es ist schon das zweite Mal Termin. In beiden Terminen ist M. nicht erschienen, was bei der Schlichtungskommission Entrüstung hervorruft. M. wird glatt zur Zahlung verurteilt.

Er wollte gern einmal das Gewerbegericht sehen.

Eine Frau beansprucht vom Arbeitgeber B. 9 M. Beklagter erklärt: „Ja, ich will bezahlen.“

Magistratsrat v. Schulz: „Das ist ja schön; dann hätten Sie doch aber erst gar nicht herkommen und es nicht erst auf den Termin ankommen lassen brauchen. Es wäre ja viel bequemer gewesen, der Klägerin das Geld zu schicken.“

Beklagter: „Ich habe mal das Gewerbegericht sehen wollen. Ich war noch niemals hier.“

Der Beklagte verpflichtet sich zur Zahlung und erstattet auch einer erschienenen Zeugin die Gebühren.

Eingegangene Druckschriften.

Von Kriegsdienst und -hilfe und der Jugend Zukunft. Von Alice Salomon. 2,40 M., geb. 3 M. S. G. Teubner, Leipzig.
Shamba, Mpuri und Bahari. Orientalische Momentbilder von Gerb. v. Ehren. 2,50 M., geb. 3,50 M. C. F. Amelangs Verlag, Leipzig.
Notprüfungen während des Krieges. Heft 2. 60 Pf. R. Galle, Berlin, Stralauer Allee 17.
Dichtungen und Vieder aus dem Kunden- und Wanderleben. Von D. Kaufmann. 1 M. Selbstverlag W 57.
Des deutschen Volkes Weisheitslehre. Von Prof. Dr. E. Sander. 3 M., Pappband 3,50 M. — Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart.
Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1917. Taschenkalender. 1,20 M. — Selbstverlag des Verbandes, Berlin SO 16.

A. WERTHEIM

Gardinen

nicht bezugsschulpflichtig

Gewebte Tüllgarnituren Fenster — 2 Schals, 1 Behang	11.50	16.50
Gewebte Tüll-Gardinen Fenster — 2 Schals	14.00	17.50
Gewebte Langvorhänge (Stores) Stück	6.00	11.00
Gewebte Halbvorhänge Stück	8.50	13.00
Erbstüll-Langvorhänge (Stores) Stück	9.00	15.00
Erbstüll-Halbvorhänge Stück	8.00	11.00
Gewebte Scheibenschleier Stück	0.80	1.10
Erbstüll-Scheibenschleier Stück	1.00	1.40

Bettdecken

nicht bezugsschulpflichtig

Gewebte Tüllbettdecken für 1 Bett Stück	4.00	6.50
Gewebte Tüllbettdecken für 2 Betten Stück	10.00	14.00
Erbstüll-Bettdecken für 1 Bett Stück	8.50	12.50
Erbstüll-Bettdecken für 2 Betten Stück	18.00	26.00

Tischdecken

nicht bezugsschulpflichtig

Filztuch mit Stickerel	3.75
Phantasiegewebe persisch gemustert	5.75
Kochelleinen mit Stickerel	7.50
Mohairplüsch mit gepreßter Kante	15.50
Bedruckter Wolplüsch verschiedene Muster	15.00

Divanddecken

nicht bezugsschulpflichtig

Phantasiegewebe persisch gemust.	8.75
Phantasiegewebe rot-blau	11.50
Phantasiegewebe klein mod. Must.	13.50
Phantasiegewebe doppelseit. gem.	17.25
Gobelingewebe persisch gemustert	24.00
Bedruckter Wolplüsch modern gemustert	31.00

Steppdecken

Steppdecken aus glanzreich. Satin, mit Jacksonstoff	10.50
Steppdecken aus Trikot, doppelseitig	12.50
Steppdecken aus Satin, doppelseitig	13.50

Fenster-Garnituren

2 Schals und 1 Querbehang

nicht bezugsschulpflichtig

Velvet mit Kurbelstickerel	9.75
Kochelleinen mit Tressenbesatz und Stickerel	10.50
Phantasiegewebe persisch gemust.	13.75
Kochelleinen mit Tressen- und Gobelingewebe	17.00
Gobelingewebe Blattmuster	21.00

Nicht bezugsschulpflichtig

Axminster-Teppiche

Plüsch-Teppiche | Bouclé-Teppiche
Durchgewebte Plüsch-Teppiche

In allen 4 Geschäften

Spielzeug-Ausstellung

Weihnachts-Einkäufe bitten so früh als möglich zu machen, Weihnachts-Preisliste nach auswärts portofrei.

Nochmals die Verkehrspläne des Verbandsdirektors.

Während draußen der fürchterlichste aller bisherigen Kriege Tag um Tag seine blutigen Opfer fordert, zieht auch hier im Ver-

bande Groß-Berlin der Kampf, der wegen des geplanten Erwerbes der Großen Straßenbahn-Gesellschaft entbrannt ist, seine Kreise immer weiter. Klein und nichtig im Vergleich zu den Geschich-

nissen draußen, unter denen die gesamte Menschheit leidet, hat dieser Kampf doch eine den vorliegenden Streitfall überragende Bedeutung, da sein Ausgang symptomatisch für die Ausgestaltung des kommunalen Lebens in Groß-Berlin werden kann.

Seit wir in der Nr. 206 unseres Blattes unsern Lesern ein Bild der Sachlage gaben und darlegten, welche schwerwiegenden Gründe jetzt gegen jede Erhöhung der Tarife der Gesellschaft, wie insbesondere auch gegen den alsbaldigen Erwerb des Unternehmens sprechen, sind die Erklärungen und Gegenerklärungen in der bürgerlichen Presse Groß-Berlins zu einem kaum noch zu überschauenden Umfang angeschwollen. Schält man aus dem polemischen Weirerl den sachlichen Kern heraus, so zeigt sich ein ebenso überraschendes wie erfreuliches Ergebnis.

Bekanntlich haben sich die Berliner Verbandsvertreter im Verein mit unseren Parteigenossen aus den Stadtparlamenten von Charlottenburg, Neukölln und Lichterberg vor einigen Wochen gezwungen, eine Flucht in die Öffentlichkeit anzutreten, weil der Verbandsdirektor, gestützt auf die Landräte und deren Anhang, in einem Unter-Ausschuß des Verbandsausschusses in aller Stille und Heimlichkeit und geschützt durch das Stiegel der Amtsverschwiegenheit ein für das Groß-Berliner kommunale Leben überaus wichtigen und folgenschweren Schritt zu unternehmen sich anschickte. Nicht dagegen, das sei mit allem Nachdruck festgestellt, richtete sich die Opposition in erster Reihe, daß im internen Kreise des Verbandsausschusses oder in einer Unterkommission Tariffragen der Straßenbahn erörtert werden sollten, trotzdem alle sachlichen Gründe im gegenwärtigen Augenblick auch dagegen sprechen. Rein, die Berliner Vertreter konnten und durften nicht länger schweigen, als in dem sogenannten Tarif-Unterausschuß nicht ein Wort über Tariffragen gesprochen, sondern auf Betreiben des Verbandsdirektors ganz plötzlich und unermutet der Erwerb des Unternehmens zur Beratung gestellt und trotz heftigen Widerspruch mehrerer Mitglieder die sofortige Eröffnung entsprechender Verhandlungen mit der Gesellschaft beschlossen wurde. Jetzt nun, wo nach den verschiedenen Berliner Erklärungen die Öffentlichkeit über die in Betracht kommenden Verhältnisse einigermaßen unterrichtet ist, will erfreulicherweise niemand dem alsbaldigen Erwerb das Wort geredet, sondern solche Verhandlungen mit der Gesellschaft nur als Mittel zu anderen Zwecken ins Auge gefaßt haben. Zwar mühten die in den Protokollen des Tarif-Unterausschusses niedergelegten Ausführungen einflussreicher Mitglieder eigentlich zur entgegengesetzten Auffassung führen, allein mit den jetzigen Versicherungen können die Gegner des Erwerbs immerhin zufrieden sein.

Man habe, wird versichert, die Verhandlungen mit der Großen Straßenbahn schleunig aufgenommen und müsse sie alsbald weiterführen, weil nach dem Berliner Vertrag die Gesellschaft das Recht habe, zum 1. Januar 1920 einen außerordentlich gefährlichen Staffeltarif einzuführen und weil die Verhandlungen zur Beseitigung dieses Staffeltarifs bis zum 31. Dezember 1917 abgeschlossen sein mühten. So und ähnlich heißt es nicht nur in den persönlichen Auslassungen hervorragender Verbandsmitglieder, nicht nur in den Verhandlungen verschiedener Stadtparlamente, sondern auch in inspirierten Auffassungen der „Berliner Borsenzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“, welche letztere bezeichnenderweise die Tatsache, daß die erste, gegen den Verbandsdirektor gerichtete Berliner Erklärung vorher von Berliner Vertretern auch von einigen unserer Genossen aus den Vororten gezeichnet war, mit der Bemerkung begleitet: „Ob dem Streit und der Sache damit gebient sein wird, wird die Zukunft lehren!“

In all diesen Ausführungen werden, um das Kampffeld zu vergrößern, zwei Dinge verbunden, die nicht das geringste miteinander zu tun haben. Nach dem Berliner Vertrag hat Berlin bzw. jetzt der Verband das Recht, das Unternehmen der Gesellschaft erstmalig zum 1. Januar 1920 zu übernehmen. Soll von diesem Recht Gebrauch gemacht werden, so muß der Gesellschaft zwei Jahre vorher, also bis zum 31. Dezember 1917, ein entsprechender Bescheid gestellt werden. Da aber bei einer Übernahme zum 1. Januar 1920 nach den Vertragsbestimmungen mindestens 200 M. pro Aktie, d. h. 200 Millionen Mark für das Unternehmen zu zahlen wäre, denkt selbstverständlich niemand an eine Übernahme zum Jahre 1920 auf Grund des Berliner Vertrages. Ganz unabhängig davon können aber natürlich mit der Gesellschaft Verhandlungen über eine Beseitigung des Staffeltarifs aufgenommen und geführt werden, und diese brauchen auch keineswegs bis zum 31. Dezember 1917 abgeschlossen zu sein, so daß Übernahme- und Tarifverhandlungen ganz unabhängig voneinander sind.

Wenn dann weiter in den jüngsten Verhandlungen mehrerer Vorortparlamente die unmittelbare Gefahr des Berliner Staffeltarifs für die Groß-Berliner Bevölkerung in den schmerzhaften Farben geschildert und die ganze Erregung auf die Furcht vor der Einführung dieses Tarifs zurückgeführt wurde, so hielten auch solche Gründe näherer Prüfung nicht stand. Dem Staffeltarif soll hier sicherlich nicht das Wort geredet werden, hat doch schon 1911, als der jetzt geltende Vertrag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Beratung stand, unser Fraktionsredner in der schärfsten Weise gegen die betreffenden Bestimmungen des Vertrages Stellung genommen. Seit dann haben die von ihm damals gegen den Staffeltarif geltend gemachten Bedenken in breiteren Kreisen Wurzel gefaßt und, wie bekannt, haben vor wenigen Tagen sämtliche Berliner Verbandsvertreter im Verein mit Gleichgesinnten aus den Vororten an die Verbandsversammlung einen Antrag gerichtet, in dem verlangt wird, die Verbandsversammlung möge sich gegen jede Tarifierhöhung, insbesondere auch gegen die Einführung eines Staffeltarifs bei der Großen Berliner Straßenbahn erklären und beschließen, daß während der Dauer des Krieges Erwerbverhandlungen unterbleiben sollen. Dennoch muß den Uebertreibungen der Gefahren entgegengetreten werden, die gegenüber dem von dem Verbandsdirektor propagierten erhöhten Einheitsstarif aus leicht erkennbaren Gründen dem Berliner Staffeltarif zugeschrieben werden.

Zunächst könnte dieser Tarif frühestens im Januar 1920 zur Einführung gelangen. Sodann würde er nach den Schätzungen des Berliner Verkehrsvereins eine Mehreinnahme von etwa 2 bis 2 1/2 Millionen Mark ergeben. Die genaue Prüfung dieses Tarifs auf seine finanzielle Wirkung hat jedoch, wie die Gesellschaft in ihrer Denkschrift von 1915 ausführt, ihr gezeigt, daß eine ihr genügende Erhöhung der Einnahmen von ihm nicht zu erwarten ist.

Dies um so weniger, als die im Berliner Vertrag bei jeder Tarifierhöhung ausbedungene Erhöhung der Bruttoabgabe von 8 auf 10 Proz. einen erheblichen Teil der Mehreinnahme verschlingen würde. Die Gesellschaft forderte daher im Vorjahre einen schärferen Staffeltarif, der ihr nach ihrer Denkschrift 4 1/2 Millionen Mark bringen sollte, eine Forderung, die der Verbandsausschuß bekanntlich nach kurzer Debatte einstimmig ablehnte. Jetzt nun, wo die Einnahmen der Gesellschaft in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 4 864 786 M. die des Vorjahres übersteigen, geht, wo alle in Betracht kommenden Verhältnisse noch völlig ungeklärt sind, wird eine alsbaldige Erhöhung des Einheitsstarifs befürwortet, die ein Mehr von etwa 14 bis 16 Millionen Mark bringen, mithin etwa das Sieben- bis Achtfache des Berliner Staffeltarifs ausmachen würde! Solch Standpunkt wird nur erklärt, wenn man weiß, daß nach erfolgter Übernahme aus solchen enormen Ueberschüssen den Landkreisen und kleinen Gemeinden lockend hohe Gewinne in Aussicht gestellt sind und daß man schädlich die Interessen der armen Waisen und Witwen berücksichtigt, die sich im Besitz der Straßenbahnaktien befinden und in ihren Bezügen durch einen so niedrigen Erwerbspreis nicht geschädigt werden dürfen. Demgegenüber muß es unseres Erachtens unbedingt Pflicht jeder öffentlichen Körperschaft sein, von der Groß-Berliner Bevölkerung, die in diesen schweren Zeiten wahrlich genug Lasten zu tragen hat, jede nicht zwingend notwendige und unabwendbare neue Belastung fernzuhalten.

Des weiteren haben die Gemeinden Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Tempelhof, Reinickendorf, Writ und Niederhohenhausen in ihren Verträgen mit der Straßenbahn Bestimmungen, nach denen ohne Rücksicht auf die Reichsbildgrenze für jede Fahrt von ihrem Gemeindebezirk nach einer anderen Gemeinde auf die ganze Vertragsdauer der 10-Pfennig-Tarif in Geltung zu bleiben hat. Diese Gemeinden sind also in der Lage, jedem Staffeltarif nach ihren Gemeinden die Genehmigung zu verweigern und damit seine Einführung überhaupt zu unterbinden. Vor allem aber bestehen die Berliner Verbandsmitglieder nicht nur nicht auf einem Staffeltarif, sondern haben, wie oben schon erwähnt, bereits an die Verbandsversammlung den Antrag gestellt, sich, wie gegen jede Tarifierhöhung, so insbesondere auch gegen die Einführung eines Staffeltarifs zu erklären.

Angeichts solcher Tatsachen drängt sich wirklich die Frage auf, wozu der Lärm, was steht dem Herrn zu Diensten? Hätte der Verbandsdirektor, anstatt jede Fühlungnahme mit Berlin sorgfältig zu vermeiden, ja ohne auch nur ein Wort von seinem Vorhaben dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung zu sagen, sich, wie es seine Pflicht gewesen wäre, vorher mit Berlin in Ruhe ins Benehmen gesetzt, so wäre wahrscheinlich die ganze Erregung vermieden worden. Dann hätte freilich auch die Denkschrift des Verbandsdirektors nicht in die Welt geben können, die, wie ihr Inhalt und ihre Tonart zwingend beweist, die Vorurteile zum Kampf gegen Berlin aufrufen soll. Die Uebergangung ist daher nicht abzuweisen, daß man bei dieser Gelegenheit einen Kampf insbesondere mit Berlin haben wollte, der uns Gange geht. Lage und Zeitpunkt erschien günstig, der Boden wohl vorbereitet. Mit einem Schlag sollte wider den Willen Berlins die Selbstverwaltung auf wichtigen Gebieten der kommunalen Betätigung zurückgedrängt und das größte Gemeinwesen Deutschlands unter den maßgebenden Einfluß der Landräte und ihres Anhangs wie der anderen Regierungsstellen gebracht werden. Entspricht unsere heutige Selbstverwaltung mit ihrem Klassenwahlrecht, dem Handbestimmungsprivileg und der Festsetzung der Magistratsmitglieder auch keineswegs dem, was wir als Selbstverwaltung bezeichnen und verlangen, ja, bleibt sie selbst noch erheblich hinter dem zurück, was der Vater dieses großen schöpferischen Werkes selber darunter verstand — besser als das der Provinzialverwaltung nachgezählte künstliche Gebilde des Zweckverbandes mit seiner ständigen Beaufsichtigung und Bedormung durch die staatliche Aufsichtsinanz ist sie immerhin. Für sozialdemokratische Gemeindevertreter kann es daher nicht zweifelhaft sein, auf welche Seite sie in diesem Berlin ausgezwungenen Kampf nach Lage des besonderen Falls aus allgemeinen Gründen zu treten haben.

Berliner Parteigenossen für den „Vorwärts“.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den „Vorwärts“ und gegen die Vorkottbeschlüsse der Berliner Opposition gestaltete sich eine Versammlung, die am Freitag im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte. Die Sabotage des eigenen Parteiorgans war das Anherje, was vielen alten Berliner Genossen zugunsten werden konnte. In der Versammlung waren denn auch zahlreich jene alten Parteigenossen erschienen, die zum Teil seit einigen Jahrzehnten im Berliner Parteileben pflichttreue Arbeit geleistet haben, nicht zum wenigsten auch für das Parteiorgan.

Der Leiter der Versammlung, Genosse Eugen Ernst, wies darauf hin, daß nach vor einigen Jahren niemand einen solchen Wahnsinn für möglich gehalten haben würde. Diesen Wahnsinn der Selbstzerfleischung, der die „prinzipienlosen“ Leser der „Morgenpost“ zudränge, machen viele Genossen, selbst solche von der Seite der Opposition nicht mit. Der beabsichtigten Vernichtung des ganzen „Vorwärts“-Unternehmens mühte entgegengetreten werden und für diesen Zweck brachte Genosse Ernst im Einverständnis mit einer Anzahl anderer Genossen die Gründung einer Vereinigung in Vorschlag, die unter dem Namen:

„Vorwärts“.

Leser- und Diskussionsklub für Groß-Berlin, vor allem die systematische Propaganda für Erhaltung und Verbreitung des „Vorwärts“ betreiben soll.

Genosse Krüger erinnerte an ein Wort Haases in der Fraktionsitzung vom 3. August 1914. Damals habe Haase gesagt: „Eine Weltkriegskatastrophe ist hereingebrochen, hüten wir uns, daß es nicht noch zu einer Katastrophe für die Partei kommt.“ Nun, in den zwei Jahren des Weltkrieges habe gerade Haase viel dazu beigetragen, daß wir solcher Katastrophe zutreiben. Er begrüßte deswegen, daß diesem Akt des Wahnsinns entgegengearbeitet werden solle.

Wels ging näher auf die „Vorwärts“-Krise ein und legte die einzelnen Streitpunkte dar. Das Entgegenkommen des Parteivorstandes sei bis zum äußersten gegangen. Bei der Annahme der Vorschläge auf Trennung in Lokal- und Zentralorgan, ein Vorschlag, der den Berliner Parteigenossen gar nicht unterbreitet worden sei, wäre der Vorkottbeschlus unmöglich gewesen. Unser Vorgehen — so schloß der Redner — ist durch die anarcho-syndikalistische Taktik der Saboteure und aufgezwungen.

Wir müssen das Gebiet zurückerobern: Berlin für den „Vorwärts“. — Den „Vorwärts“ für Berlin!

Pochsch charakterisierte das Infame der „Zahlungsverweigerung“, wodurch feige und heuchlerisch der Vorkott schließlich verhängt werden sollte und forderte namentlich die Gewerkschafter auf, im „Vorwärts“ ihr Blatt zu verteidigen. Nach Friedensschluß würden sicherlich große wirtschaftliche Kämpfe kommen und dabei sei der Einfluß der Parteipresse von großem Belang.

Nachdem noch Genosse Behlitz in zustimmendem Sinne gesprochen, erläuterte Genosse Ernst kurz das vorliegende Statut. Die Gründung des Vereins und seiner Satzungen wurden hierauf einstimmig beschlossen. Ebenso eine Resolution, in der gegen den Vorkottbeschlus protestiert wird und in der die Antewenden sich zu energischer Arbeit für den „Vorwärts“ verpflichten. Von den 428 Anwesenden traten dem Verein 368 sofort durch Unterschrift und Beitragsleistung bei. Mit einem Hoch auf den neuen Verein schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Den Vorstand des Vereins bilden folgende Genossen:

Eugen Ernst, Otto Wels, Vorsitzende; Hugo Pochsch, Hermann Riech, Schriftführer; Th. Fischer, Hugo Paltlow, Kaffierer; Franz Lucht, P. Schroeder, A. Pohl, A. Klingler, A. Hanisch, S. Umlauf, A. Stieffenhofer, Charlottenburg, A. Müller-Niederhohenhausen, Frau E. Rhynek, Frau A. Matschke, Weißher; A. Pagels, G. Felsmann, Fr. Schlemminger-Weihensee, Revisoren.

Beitrittsklärungen werden von Genossen Eugen Ernst, Berlin SW., Lindenstr. 2, entgegengenommen.

Ein Urteil über den „Vorwärts“. Zu einer Zeit, in der die Gerranntheit einiger Genossen den „Vorwärts“ gar nicht schmerzgen machen kann, wird es erlaubt sein, auch ein etwas freundlicheres Urteil über unser Blatt wiederzugeben. Unser Dresdener Parteiorgan, die „Vollkraft“, schreibt:

„Der „Vorwärts“ erscheint seit seiner neuen Leitung auch äußerlich verjüngt und gekräftigt und in derjenigen Ausmachung, die in der jetzigen Zeit ein Blatt haben muß, das gelesen werden will. Er unterscheidet sich bisher in diesem Punkte sehr zum Nachteil von anderen großen Blättern in Berlin, aber auch der „Leipziger Volkszeitung“, die immerhin ununter ausjad als das Berliner Parteiblatt. Auch die Anordnung des Stoffes, die Behandlung der Fragen der Kriegunterstützungen und dergleichen an hervorragender Stelle zeigt, daß jetzt wieder Genossen dort walten, die mit dem Volke Berührung haben, das einmal in unseren Zeitläuften theoretische Vandwürmer nicht schlafen mag, sondern die wichtigsten Tatsachen der Weltgeschichte verfolgt und seine eigenen Interessen vertreten sehen will. Bleibt der „Vorwärts“ weiter so frisch und diesen Tendenzen treu, dann wird es ihm an neuer Anhängerschaft und an der Treue der alten nicht fehlen. Die Parteigenossen im Reich, die wohl in der weitaus überwiegenden Mehrheit auf seinem Standpunkt stehen, können unserem Hauptorgan beistehen, indem sie für die Verbreitung des „Vorwärts“ auch im Reich sorgen, soweit dies ohne Schädigung der örtlichen Parteipresse möglich ist.“

Totenliste der Partei.

In Stuttgart verschied der Genosse Karl Sauerbed, Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“. Genosse Sauerbed hat ein Alter von 56 Jahren erreicht. Ursprünglich Schriftsetzer, wurde er am 1. September 1904 in die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ berufen, hat dieser also über 12 Jahre angehört. Sauerbed hat seine Redaktionsstätigkeit trotz eines schweren Leber- und Nierenleidens bis beinahe acht Tage vor seinem Tode ausgeübt. Dann mußte er in das Krankenhaus gebracht werden, wo er sein arbeitsreiches Leben schloß. Zum reichen Verfall seiner Kräfte mag der Anstand beigetragen haben, daß zwei seiner Söhne im Felde gefallen sind. Ein dritter befindet sich noch im Felde und konnte den sterbenden Vater nicht mehr sehen.

Eine außerordentliche Volkszählung

findet demnächst statt. Seit Jahrzehnten sind wir an derartige Zählungen gewöhnt. Ihre Resultate erweisen, wenigstens für Groß-Berlin, ein ständiges Anwachsen der Bevölkerungsziffer. Die Stadt, die 1700 noch 57 000 Einwohner zählte, 1750 auf 113 280 Bewohner angewachsen war, wies im Jahre 1800, von wann ab wohl regelmäßige Zählungen vorgenommen wurden, 172 132 (88 967 Männer und 83 165 Frauen) Einwohner auf. Und nun steigt die Kopfzahl der städtischen Bevölkerung ständig; nur die Jahrzehnte, in denen Kriege tobten, ergeben Rückgangsziffern. So wird für 1810 eine Einwohnerzahl von 162 971 (80 681 Männer und 82 290 Frauen) angegeben. Im Jahre 1825 wurden 219 968 (113 523 Männer und 106 445 Frauen) Berliner gezählt. Im Jahre 1840 ist die Einwohnerzahl Berlins auf 322 626 Personen (168 936 Männer und 153 690 Frauen) gestiegen. Im Jahre 1855 ist Berlin ziemlich halbmilionsstadt geworden: 494 367 Einwohner (222 276 Männer und 272 091 Frauen). Im Jahre 1871 ist der „Wasserkopf“ weiter angewachsen; er zählt trotz des Krieges nunmehr 825 937 (417 213 Männer und 408 724 Frauen) Einwohner. 1880 ist die erste Million überschritten; Berlins Kopfzahl ist angewachsen auf 1 122 190 (542 829 Männer und 579 361 Frauen). Im Jahre 1890 wird als Jahr (759 623 Männer und 819 171 Frauen, zusammen also) 1 578 794 Menschen genannt. Zur Jahrhundertwende zählte man 1 888 848 Berliner (903 041 Männer und 985 807 Frauen). Ein Jahrzehnt später ist die zweite Million mit der Ausgabe von 2 040 148 Einwohnern (984 804 Männer und 1 055 344 Frauen) überschritten. Im Jahre 1910 wurden dann 2 057 610 Einwohner, und, nach einem noch weiteren Aufschwollen in den dem Kriege vorangehenden Jahren, 1915 schließlich bloß noch 1 860 484 Einwohner in Berlin gezählt.

Sehr interessant sind die Angaben, die über die Zunahme der städtischen Bevölkerungsziffer durch Geburtenüberschuß und durch Wanderungsüberschuß gemacht werden. (Wir folgen hier den Ausführungen Dr. Th. Reinerichs in dem fünfbandigen reich illustrierten und von Fachleuten sorgsam zusammengestellten Werk „Landeskunde der Provinz Brandenburg“, Berlin. Dietrich Reimer [Ernst Vohsen].) Danach gewann Berlin in dem Jahrzehnt 1860/1865 durch Geburtenüberschuß 25 739 Köpfe, durch Wanderungsüberschuß 103 063 Personen, im Jahrzehnt 1865/1870: 25 568 resp. 91 252, im Jahrzehnt 1870/1875: 34 316 resp. 155 725, im Jahrzehnt 1875/1880: 69 031 resp. 90 179, im Jahrzehnt 1880/1885: 61 017 resp. 130 800, im Jahrzehnt 1885/1890: 77 867 resp. 184 984, im Jahrzehnt 1890/1895: 81 173 resp. 19 235, im Jahrzehnt 1895/1900: 85 030 resp. 124 353, im Jahrzehnt 1900/1905: 81 433 resp. 73 567.

Auch für das geradezu erstaunliche Wachstum einiger größerer Ortschaften des Verbreitungsgebietes unserer Zeitung liegen, nach der gleichen Quelle, interessante Zahlen vor, die den

Zeitraum von 1871 bis 1915 umfassen; danach erhält man folgenden tabellarischen Uebersicht:

Ortsnamen	1871	1875	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1915
Waltershof	198	322	314	713	3316	5301	8006	9114	—	19004
Belg.	1888	3201	3051	4146	5424	6844	8528	9477	11000	14300
Charlottenb.	19578	25847	26305	42371	70650	102777	159303	206539	290400	324071
Thielm.	105	131	138	149	174	153	213	1054	3560	5790
Prz. Buchholz	1154	1448	1428	1549	1833	2331	3157	4086	4907	5400
Preibemau.	—	1104	1302	2137	4211	7852	11050	18011	35000	45600
Preibitzsch.	2170	3078	3212	3752	5563	6829	9623	14682	19500	24000
Gr. Wartenb.	959	2051	4049	5899	8743	15960	25148	34331	43200	48999
Dob. Schön.	688	1031	1019	1190	1454	1801	2143	2647	—	7000
Rodamtschl.	161	266	462	909	970	2025	2983	3251	4000	5500
Waldenburg	3244	12379	12631	15854	22900	30314	43971	55991	82000	155000
Wariandori.	1435	2246	2437	2842	3006	4029	5764	9018	15331	21300
Wariandorf.	569	846	911	968	1334	1633	1963	2901	—	4029
Wariandorf.	8125	15923	18799	22775	35702	50945	69422	153519	231222	276153
Wd. Schön.	174	454	470	963	1754	1962	2421	3099	7000	10284
Wd. Schön.	1488	2351	2076	2457	2917	3383	4284	5557	15261	18743
Wentow.	3019	3937	3763	5061	6098	11632	21524	29077	45089	56952
Wienandorf.	1245	4976	5127	7216	10034	10677	14778	22445	33916	43301
Wilmersd.	387	387	498	657	1591	2226	3173	5089	7250	10500
Wilmersd.	4532	7467	11180	13872	28721	62603	95998	141010	189000	189099
Wilmersd.	474	498	674	737	1292	1750	1684	3339	4500	4884
Wilmersd.	1899	5467	6476	8561	13530	16528	21425	32823	62000	87000
Wilmersd.	901	1267	1319	1731	2148	2749	7140	12222	18298	21006
Wilmersd.	341	532	833	1178	1783	2835	5348	11314	25006	33000
Wilmersd.	1417	2505	3049	3525	5248	6590	9961	10384	20000	30000
Wilmersd.	467	2904	4716	8510	19804	27001	34453	37608	41003	46400
Wilmersd.	1622	2367	2941	3016	5464	14351	30871	6268	99948	136398
Wilmersd.	1726	2703	2754	3200	4319	6031	8837	12647	17500	20550

Wenn man die ständig steigende Ziffer der Berliner Vorkriegsbevölkerung durchmustert, so wird man sofort aufs deutlichste erkennen, in welchen Gebieten das eigentliche rapide Wachstum Groß-Berlins zu suchen ist. Die Stadt selbst kann sich nur wenig ausdehnen. Sie verweist den nie verlassenden Menschenstrom hinaus an ihre Peripherie. Dort finden sich auch namentlich die eigentlichen „Arbeiterdörfer“. Jedenfalls hat der Menschenkomplex Groß-Berlin seit den Tagen der Reichsgründung ganz ungeheuer zugenommen und gerade durch diesen oft aufs bestmögliche anschwellenden Menschenstrom den städtischen Körperschaften, Kommissionen und Behörden Aufgaben aufgegeben, die in der glänzenden Weise zu erledigen geradezu vorbildlich wirken dürfen. Das zielbewusste zu erledigen geradezu vorbildlich wirken dürfen. Das unermüdete, ganz in den Dienst des Gemeinwohls aufgehende Aufstreben sozialdemokratischer Stadtverordneter und Gemeindevereiner, die nach und nach in die städtischen Parlamente einziehen, hat zur Bewältigung und Durchführung dieser kommunalen Schöpfungen nicht nur zahlreiche Anregungen gegeben, sondern auch erprobte Arbeit geleistet! — In welcher Weise nun das letzte Kriegsjahr die Bevölkerungsziffern Groß-Berlins verschoben haben wird, das werden die Ergebnisse der in den nächsten Tagen stattfindenden außerordentlichen Volkszählung vor Augen führen.

Soziales.

Versicherungspflicht „feindlicher“ Ausländer.

Die seit Kriegsausbruch in Deutschland befindlichen Angehörigen feindlicher Staaten, die im wehrpflichtigen Alter stehen und sich körperlich für eine, wenn auch nur beschränkte militärische Verwendung eignen, sind bestimmten Aufenthaltseinschränkungen unterworfen. Die Versicherungspflicht dieser Leute ist alsbald fristig geworden. Das Reichsversicherungsamt hat in mehreren Entscheidungen die Kranken- und Invalidenversicherungspflicht verneint.

Die fränkischen Arbeiter seien insofern nicht frei, als sie das Inland nicht verlassen dürfen oder könnten und nicht die Wahl des Aufenthalts und der Arbeit hätten. Angelegenheiten auf die Arbeit, die ihnen gerade geboten werde, müßten sie unter dem Druck der durch die behördlichen Anordnungen und den Krieg geschaffenen Verhältnisse arbeiten, um sich ihre Sicherheit und Erhaltung zu erhalten, und um den ihnen während ihres ungewollten Aufenthalts im Inland gewährten Unterhalt abzuverdienen. Sonach seien sie in gewissem Sinne unfreie Arbeiter, und daher unterliegen sie auf keinem der Versicherungsbereiche der Versicherungspflicht. In dem fränkischen Bescheide erkennt das Reichsversicherungsamt ausdrücklich an, daß diese Auffassung nicht die einzig mögliche sei, und daß damit dem Gesetz eine strenge Auslegung gegeben werde. Es bestehe aber kein Anlaß, das Gesetz zugunsten der Angehörigen der mit dem Deutschen Reiche im Kriege liegenden Staaten, besonders zugunsten der russischen Arbeiter in wohlwollendem Sinne anzuwenden; dem allgemeinen Reichsgrundsatz würde dies zuwiderlaufen.

In einer neueren, amtlich noch nicht veröffentlichten Entscheidung vom 5. Oktober 1916 ist auch die Unfallversicherungspflicht dieser Arbeiter verneint worden. Rünzjeha Jahre lang hatte der zu Schaden gekommene Arbeiter in Deutschland gelebt. Er wohnte mit seiner Familie in der Arbeiterkolonie einer Kohlenzeche, auf der er nach vierjähriger Beschäftigung den Unfall erlitt. Das Unfallkatasteramt eines solchen, der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts verschuldeten Instanzes liegt klar zutage. Deshalb auch hat die Regierung wohl schon abgesehen versucht. Im Reichsgerichtspräsidenten Nr. 251 wird eine Bekanntmachung betr. Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges veröffentlicht, die der Bundesrat auf Grund der ihm erteilten bekannten Ermächtigung zu wirtschaftlichen Maßnahmen als Verordnung am 2. November 1916 erlassen hat. Die Verordnung lautet:

„Diejenigen seit Beginn des gegenwärtigen Krieges in Deutschland befindlichen Angehörigen feindlicher Staaten, welche als solche durch Anordnung deutscher Behörden in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt und deshalb als unfreie Personen nicht nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung versicherungspflichtig oder versicherungsberechtigt sind, werden diesen Vorschriften unterstellt.“

Für sie gelten auch das Gesetz betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 4. August 1914 und § 2 der Bekanntmachung betr. Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges vom 28. Juni 1915.

Diese Vorschriften treten am 20. November 1916 in Kraft. Wir können dieser wirtschaftlichen Maßnahme des Bundesrats wenigstens zustimmen, halten sie jedoch nur erst für den Anfang weiterer. Die gleichen Gründe, die für die Krankenversicherungspflicht der „feindlichen“ Ausländer sprechen, sprechen auch für die Invaliden- und Unfallversicherungspflicht derselben. Wir werden auf diese Fragen noch zurückkommen.

Die Steuerpflicht der Militärenten.

Die Veranlagungen für die neue Steuerbefreiung haben jetzt begonnen. Es ist deshalb wichtig, auf die rechtlichen Verhältnisse hinzuweisen, die die Besteuerung der Versorgungsgeldempfänger regeln.

Die auf Grund gesetzlicher Vorschriften dem Kriegs- oder Friedensinvaliden gewährten Pensionserhöhungen und Verstärkungszulagen, die durch das Reichsgesetz der Besteuerung entzogenen Gebühren, sowie die mit Kriegsdecorationen verbundenen Ehrensolde sind nach § 5 des Preussischen Einkommensteuergesetzes von der Besteuerung ausgeschlossen.

Hieraus ergibt sich, daß an sich die Militärenten der Besteuerung unterliegen. Nur die Verstärkungszulage, die Alterszulage, die Rentenerhöhung, die an Stelle der Kriegszulage in bestimmten Fällen den Personen der Unterlassen der Kaiser-

lichen Marine gewährt wird, und schließlich auch die Tropenzulage sind von der Besteuerung ausgenommen. Ehrensolde, wie sie in der oben erwähnten Vorschrift aufgeführt sind, kommen aus Anlaß des jetzigen Krieges noch nicht in Betracht. Bis her wurden Ehrensolde an die Besitzer des Eisernen Kreuzes, des Militär-Ehrenzeichens 1. Klasse und des Militärverdienstkreuzes gewährt. Sie sind durch besonderes Reichsgesetz vom 2. Juni 1878 den Inhabern des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, welche dasselbe im Kriege 1870/71 erworben haben, vom 1. April 1878 ab zugewilligt worden, und ferner auch den Inhabern des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, wenn sie zugleich das Preussische Militärehrenzeichen 2. Klasse oder eine diesem gleich zu achtende militärische Dienstauszeichnung besitzen. Ob mit den im jetzigen Kriege erworbenen Auszeichnungen ein Ehrensold verbunden sein wird, mußte erst durch besonderes Reichsgesetz vorsehen werden. Was für die Pensionsvorschriften der Kriegsbefähigten gilt, gilt an sich auch für die Hinterbliebenenrenten. Sie unterliegen also an sich der Steuerpflicht. Da sie jedoch, wie auch die Renten der Kriegsbefähigten selbst, in den seltensten Fällen allein die steuerpflichtige Grenze erreichen, sind sie nur in Verbindung mit anderen Einkommen zu versteuern. Uebersteigt dieses Gesamteinkommen einschließlich der Renten den Betrag von 900 M., ist die Steuerpflicht gegeben. Es werden jedoch einer Witwe die den Kindern zustehenden Renten nicht als Einkommen mit angerechnet. Das ist für Preußen schon durch eine Entscheidung des Königlich-Oberverwaltungsgerichts vom 14. März 1903, Entscheidung in Staatssteuerfachen, Band XI, Seite 154 ausgesprochen. Die Entscheidung läßt es dahingestellt, ob das Waisengeld zu dem freien oder nicht freien Vermögen der Waisen gehört, da in beiden Fällen die Zurechnung zu dem steuerpflichtigen Einkommen der Mutter nicht gerechtfertigt sei:

Gerichtszeitung.

Das Opfer ihres Aberglaubens geworden. Daß es immer noch Leute gibt, die an Hexerei und andere Aenste glauben, beweist ein sehr unglücklicher Fall, der einer Verhandlung vor dem Landgericht Posen am 18. August zugrunde lag, welches die Händlerin Antonie Adler wegen eines vollendeten und eines versuchten Betruges im Rückfall zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt hat. Die Angeklagte betreibt einen Haushandel mit Kurzwaren. Am 1. April d. J. verkaufte sie einer Frau O. für einige Mark Waren und kam so mit dieser ins Gespräch. Dabei sagte ihr Frau O. ihr Leid, besonders daß ihr ihre Schwelme „gar nicht gefallen“. Die Angeklagte meinte, daß ihre Tiere offenbar krank seien, doch könne sie durch Beten und Aufstellen geweihter Kerzen ein Unglück, daß die Schwelme vielleicht freipieren, ablenken. Sie habe aber, so meinte sie, augenblicklich nicht genügend Geld, um die Kerzen kaufen und weihen lassen zu können. Darum bat sie die Frau O., ihr für besagten Zweck 20 M. zu geben. Frau O., die abergläubisch genug war, gab der Angeklagten denn auch die gewünschten 20 M., die sie sich sogar selbst bei Nachbarn erst hatte borgen müssen. Am 4. April aber erschien die Angeklagte wieder bei Frau O. und sagte, das Unglück für die Schwelme sei jetzt sehr nahe; um es abzuwenden, müsse sie, die Angeklagte, noch mehr Kerzen aufstellen und noch mehr Gebete verrichten; sie brauche noch einmal 40 M. Frau O. glaubte ihr noch immer den Schwindeln und wollte sich auch die 40 M. für die Angeklagte bei Nachbarn leihen, von denen sie jedoch nunmehr aufgestellt wurde. In diesem Falle gelang es der Angeklagten also nicht, in den Besitz des Geldes zu kommen, weshalb hier nur versuchter Betrug vorlag. Gegen das Urteil hat die Angeklagte Revision eingelegt, in der sie ausführte: Zum Betrug gehöre die Vorspiegelung von Tatsachen; solche können aber hier nicht in Frage. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet, da die Angeklagte der Frau O. vorgespiegelt hatte, sie sei willens und auch in der Lage, ein drohendes Unglück durch Gebete und Aufstellen von Kerzen abzuwenden, und da andererseits Frau O. gestanden hat, in dem ersten Falle einen Schaden von 20 M. erlitten hat und in dem anderen beinahe um einen Betrag von 40 M. geschädigt worden wäre.

Verat und andere Nachware mit Holzmehl hatte der Bäckermeister Wilhelm Beller in Thale i. H. hergestellt. Die Strafammer beim Amtsgericht Cöslin hat ihn daraufhin am 14. August wegen Vergehens gegen § 12 Biff. 1 des Nahrungsmittelgesetzes zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Ende Mai kaufte eine Frau in dem Geschäft des Angeklagten ein Brot, nach dessen Genuß sie erkrankte, indem sich bei ihr Magenbeschwerden, Brechneigung u. a. Erscheinungen einstellten. Ebenso erkrankte ein Mädchen, welches sich um dieselbe Zeit in dem Geschäft des Angeklagten Siedel gekauft und verzehrt hatte. Die Untersuchung der Nachware ergab, daß deren Feigmasse 4 Prozent Holzmehl enthielt, welches nur zum Ausstreuen der Tonnen und Wecke verwendet werden darf. Der Angeklagte hatte dieses Holzmehl in dem Teig mit verwendet, um dadurch an Nachmehl zu sparen und sich einen größeren Gewinn zu verschaffen. In Anbetracht der dadurch an den Tag gelegten ehrlosen Gefährdung hat das Gericht den Angeklagten auch zu dem zweijährigen Ehrverlust verurteilt. In seiner Revision meinte der Angeklagte, es sei nicht erwiesen, daß die beiden Personen durch den Genuß des Brotes bzw. der Siedel erkrankt sind, da die Grundheiligkeit des Holzmehls nicht festgestellt sei. Vor allen Dingen hätte auch berücksichtigt werden müssen, daß er nicht damit gerechnet habe, daß der Genuß von Holzmehl gesundheitsgefährlich wirken könnte. Das Reichsgericht hielt jedoch die Klagen für unbegründet, da diese an den tatsächlichen, in der Vorinstanz getroffenen Feststellungen scheitern mußten, und erkannte deshalb auf Zurückweisung des Rechtsmittels. Denn es sei erwiesen, daß das Holzmehl gesundheitsgefährlich wirkte und daß der Angeklagte auch damit gerechnet hat.

W. Entziehung des Wandergewerbescheins. Dem Handelsmann Brinmann aus Gleiwitz war vom Bezirksauswah der Wandergewerbeschein für 1916 zum Handel mit Zuckern und um erteilt worden, nachdem die Polizeiverwaltung von Gleiwitz bei Einreichung des Gesuchs des W. erklärt hatte, W. sei inzwischen nicht bestraft worden.

Die Polizeiverwaltung klagte dann aber gegen W. auf Entziehung des Wandergewerbescheins, weil ihr inzwischen bekannt geworden war, daß W. im Jahre 1915 wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden sei. Bei der Strafart handelte es sich um einen Vorgang auf der Eisenbahn. Das Hauptverbrechen in der Bahn ist verboten. W. hatte aber während der Fahrt auf der Eisenbahn Zuckern verladen wollen, wogegen ein Schaffner einschritt. In dem Verhalten, das W. nun gegen den Schaffner zeigte, wurde die Strafart gefunden. Der Bezirksauswah gab auch der Klage der Polizei statt und entzog W. den Wandergewerbeschein wieder.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil und führte aus: Auf die Behauptung Ws, daß der Polizeibehörde in Gleiwitz schon damals, als sie sein Gesuch an den Bezirksauswah in Oppeln weitergab, die Bestrafung bekannt gewesen sei, könne nicht eingegangen werden. Denn das würde unerbittlich sein. Hier sei im Hinblick auf § 58 der Gewerbeordnung nur entscheidend, daß die zur Entziehung des Wandergewerbescheins zuständige Behörde, der Bezirksauswah, bei Erteilung des Wandergewerbescheins die Bestrafung nicht gekannt habe. Bei dieser Sachlage habe W. mit Rücksicht auf die Bestrafung der Wandergewerbeschein wieder entzogen werden können.

Die Lösung der Vorfrage im Strafgesetzbuch. Vom Landgericht Duisburg sind am 8. Juni der Klempner Karl Graf und ein gewisser Witzel wegen schweren Diebstahls verurteilt worden, der letztere im wiederholten Rückfall unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Am 9. Oktober 1915 sind beide über die Dauer der Probe freigesprochen, und W. hat aus dem Fenster eines Gebäudes dem G. 48 Kilogramm Van und ein Quantum Kupfer, welche Sachen er dort sich angeeignet, hinausgeworfen. In seiner Revision beschwerte G. sich darüber, daß seine beiden, fast zehn Jahre zurückliegenden unbedeutenden Strafen für die Feststellung des wiederholten Rückfalls verwertet worden sind, obwohl er auf die durch den Bundesrat angeordnete Beseitigung der Vorstrafen Anspruch gehabt habe. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet. Die Lösung der Vorfrage soll nur den Sinn haben, daß keine Auskunft darüber gegeben wird, um den Bestreffenden nicht in seinem Fortkommen zu hindern; für die Feststellung des straferschwerenden Rückfalls sind jedoch die Vorstrafen nach wie vor zu verwerten.

Aus aller Welt.

Mord.

Am 4. November d. J. nachmittags gegen 5 Uhr, ist in dem Gehöft des Gutsbesizers Heinrich Richter in Nieder-Bogendorf (Kreis Schweidnitz) dessen ledige Schloßherrin Emilie Unterreit ermordet worden. Die Tat ist ausgeführt worden durch 3 bis 4 Schläge mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf und 2 Stiche mit einem solchen, dolchartigen Instrument (vermutlich Seitengewehr) durch die Brust. Der zurzeit noch unbekannte Täter trug Infanterieuniform und wird von den Zeugen wie folgt beschrieben: Mittelgroß, ungefähr 20 bis 30 Jahre alt, volles, rundes Gesicht, kurz gestrichelter Schnurrbart, blondes Haar, besetzt mit feldgrauer, gutstehender Infanterieuniform mit hohem Stehkragen, feldgrauer neuer Extramüße mit schwarzem Schilde, schwarze Schnürschuhe und schwarzen Lederne Stulpen, um welche ein Lederriemen spiralförmig gewickelt war, auch trug derselbe eine fast neue graugrüne, bis zu den Knien reichende Offizierspelzjacke, Infanterie-Seitengewehr mit schwarzer Lederscheide und Messinghülse. Am Tatort hat der Täter ein Paar getragene, helle, wildlederne Handschuhe zurückgelassen, die an der Innenseite einiger Finger der linken Hand kleine Einrisse oder Einschnitte (vielleicht vom Reiten herrührend) zeigen. Alle Ermittlungen nach dem Täter waren bis jetzt ergebnislos. Eine Verfolgung wird auf die Ergreifung des Täters ausgeübt werden.

Die zu kalter Küche verurteilten Italiener.

Trotz den Versprechungen des englischen Handelsministers Austenman wird die englische Kohle in Italien immer teurer und zwingt die Italiener, sich immer mehr den Kopf darüber zu zerbrechen, wie es im Winter mit der Heizung werden solle. Von allen Seiten kommen Ratsschläge, wie man der Feuerung der Kohlen, des Gases, des Holzes abhelfen könne. Unter diesen Vorschlägen findet sich auch die verzweifelt wissenschaftlich aufgemachte Empfehlung, die Speisen roh zu essen, ohne sie erst dem Kochgeschloß zu unterziehen. Der Gedanke stammt von Dr. Ab. Er rät seinen Landsleuten als Mensch und Wissenschaftler dringend an, um sich von der englischen Kohle möglichst unabhängig zu machen, diesen Winter zwei oder drei Tage in der Woche nur Rohkost zu sich zu nehmen. Dr. Ab. scheidet zugunsten seines Heilmittels zur Steuerung der Kohlennot auch noch an, daß dadurch die Nachfrage nach Fleisch und Mehl erheblich nachlassen und eine Verbilligung dieser Lebensmittel durch die feuerlosen Tage erreicht würde. In keinem Falle ist aber für die Italiener die Aussicht, im Winter in ungeheizten Räumen kalte Speisen zu sich zu nehmen, sonderlich erhellend.

Ueberschwemmungen in Toskana.

Italiener Blätter melden, in Toskana seien große Ueberschwemmungen vorgekommen. In der Campagna sei ungeheurer Schaden angerichtet worden. Auch aus der Po-Ebene wird das Anwachsen des Flusses gemeldet.

Eine unglückselige Tat. In Delfino hat der Kaufmann Kurt Arnold seine Frau, die Tochter des Reichstagsabgeordneten Peus aus erster Ehe, und dann sich selbst erschossen. Arnold war zum Militär eingezogen und befand sich seit einiger Zeit in Lazarettbehandlung.

Durch Sturm stark beschädigt wurde, wie „Corriere della Sera“ meldet, der italienische Kohlenkomplex „Savoia“. Er wollte im Hafen von Vercelli Zuflucht suchen, die Beschädigungen waren aber derart, daß er, trotzdem ein Torpedoboot ihn ins Schlepplau nahm, gesunken ist. Die gesamte Besatzung wurde gerettet.

Orkan in Italien. Aus ganz Italien treffen Meldungen über schwere Verheerungen durch die orkanartigen Stürme der letzten Tage ein. In vielen Orten wurden die Zugverbinderungen durch die Ueberschwemmungen und durch Erdrutsche unterbrochen. Der Schaden ist noch nicht abzuschätzen.

Die Versenkung des Dampfers „Mitswa“ im Rädlichen Eismeer fügt dem russischen Heere, für das die Ladung bestimmt war, empfindlichen Schaden zu. Denn die Ladung bestand u. a. 125 000 Stück 7,5-Zentimeter-Granaten mit Rindern, 42 000 Stück 7,5-Zentimeter-Kartuschen, 14 001 000 Kartuschen für Karabinen, 200 000 Stück 3,7-Zentimeter-Granaten, 300 Stahlfabrikanten mit Rindern und Ladung, 3000 Stück 12-Zentimeter-Granaten und ebenso viele Kartuschen, 1 570 000 Patronen für Maschinengewehre, 5000 Handfeuerwaffen, 60 000 Stahlfelme, 10 000 Gewehre, 100 Maschinengewehre (System Hotchkiss), 20 Stück 5,8-Zentimeter-Mörser, 380 Postfächer für Maschinengewehre und Munition, 28 Autos, 88 Tourenautos, 22 Lastautos, 5 Krankenautos, 7 Sanitätswagen mit vollständiger ärztlicher Ausrüstung, 2 Flugzeugschrauben, 5 Luftballons mit Zulehler, 883 Tonnen Stahl in Barren, 20 Tonnen Nickel, 23 Tonnen Schwefel, 8,5 Tonnen Blei, 62 Tonnen Maschinen und Diamant. Der Wert der Ladung wird auf 23 Millionen Mark, der Wert des neuen Schiffes (3088 Br.-A.-T.) auf etwa 2,5 Millionen Mark geschätzt.

Sommerzeit für Amerika? Eine Bewegung zur Einführung der Sommerzeit, die ständig an Ausdehnung gewinnt, hat, nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“, in den Vereinigten Staaten eingiegt. Eine Anzahl bekannter Persönlichkeiten der New Yorker Handels-, Industrie- und Finanzwelt hat sich zu einem „Turn the clock“-Komitee zusammengeschlossen, das eine Propaganda zur Einführung der Sommerzeit für das kommende Jahr in die Wege leiten soll.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beschlunde findet ihre Abonnenten in den Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Soldaten.
 Nachm. 3 Uhr (kl. Pr.): Der Biberpelz.
 Montag: Minna von Barnheim.

Kammerspiele.
 8 Uhr: Gespenstersonate.
 Nachm. 2 1/2 Uhr (kl. Pr.): Wettertauchen.
 Montag: Gespenstersonate.
Volksbühne, Theater a. Bülowpl.
 8 Uhr: Nachtasyl.
 Nachm. 3 Uhr (kl. Pr.): Der eingebildete Kranke.
 Montag 8 1/2 Uhr: Der eingebildete Kranke.

Theater in der Königgrätzer Str.
 8 Uhr: Paul Lange und Tora Parsberg.
 Nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.
Komödienhaus.
 8 Uhr: Der 7. Tag.
 Nachm. 3 Uhr: Filmzauber.
Berliner Theater.
 8 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.
 3 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Theater am Sonntag, 12. November.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 7 Uhr: Lohengrin.

Friedrich-Wilhelmstadt, Theater
 3 Uhr: Der Troubadour.
 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Geb. Herrfeld-Theater
 8 1/2 Uhr: Die goldene Eva.
 8 1/2 Uhr: Villa Pachesina.
 Vorvk. v. 11 U. ab ununterbrochen.

Kleines Theater
 8 1/2 Uhr: Henriette Jacobi.
 8 Uhr: Am Teelisch.

Komische Oper
 4 Uhr: Heimat.
 8 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin.

Lustspielhaus
 8 1/2 U.: Der selige Balduin
 3 1/2 Uhr: Die Logenbrüder.

Metropol-Theater
 8 Uhr: Die Csardasfürstin.
 3 Uhr: Die Kaiserin.

Verband der Freien Volkshäuser

Sonntag, 12. November 1916:
 Nachmittags 3 Uhr:
 Volkshäuser, Theater am Bülowplatz:
 Der eingebildete Kranke.
 Deutsches Opernhaus: Hoffmanns Erzählungen.
 Schiller-Theater, Charlottenburg:
 Wilhelm Tell.
 Schiller-Theater Ost: Schirin und Gertraude.
 Zeising-Theater: Die gutgeschmittenen Gede.
 Künstler-Theater: Schwarzer Peter.

Abends 8 Uhr:
 Volkshäuser, Theater am Bülowplatz:
 Montag: Der eingebildete Kranke.
 Dienstag, Mittwoch: Nachtasyl.
 Donnerstag: Hamlet. Freitag:
 Das Wintermärchen.

Abends 8 1/2 Uhr:
 Montag (Graves Kloster): Gottrag: Dr. Rudolf Blümmel.

Neues Operettenhaus

Kassentelephon: Norden 231.
 3 Uhr: Der Vogelhändler.
 8 Uhr: Der Soldat der Marie

Residenz-Theater
 8 1/2 Uhr: Der gütige Zerk.
 8 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.

Schiller-Theater O
 3 Uhr: Schirin und Gertraude.
 8 Uhr: In Behandlung.

Schiller-Th. Charlottenb.
 3 Uhr: Wilhelm Tell.
 8 Uhr: Die Räuber.

Thalia-Theater
 3 Uhr: Heimat.
 8 1/2 U.: Blondinchen.

Theater am Nollendorfpl.
 8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
 8 1/2 Uhr: Blaue Jungens.

Theater des Westens
 8 Uhr: Die Fahrt ins Glück
 mit Guido Thielscher.
 8 1/2 Uhr: Das Fräulein vom Amt.
Trianon-Theater
 4 Uhr: Verlorene Ehre.
 8 1/2 Uhr: als Gast.

Lessing-Theater.

Direktion: Victor Barnowsky.
 8 U.: Die beiden Klingsberg.
 Nachm. 3 Uhr: Die gutgeschm. Ecke.
 Montag: Die Wildente.

Deutsch-Künstler-Theater.

Allabendlich 8 Uhr: Moral.
 Nachm. 3 Uhr: Schwarzer Peter.

URANIA Taubenstr. 48/49.

Sonntag 8 Uhr:
 Skagerrak.
 Unsere Hochseeflotte im Weltkrieg.
 Montag 8 Uhr:
 Kapitänleutnant van Beber:
 Im U-Boot gegen den Feind.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. A. Keßner:
 Die Walzwerk-Industrie.

Admirals-Palast

Heute 2 Vorstellungen
 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr.
 Das herrliche Eisballett
Frau Fantasie.
 Nachm. kl. Preise, abd. 2, 3, 4 M.

Voigt-Theater.

Badstr. 56. Täglich: Badstr. 58.
Verwaist.

Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 3 Uhr: Das letzte Wort.
 25 Montag: Die Rose vom See.

Casino-Theater.

Lothringer Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr
 Nur noch kurze Zeit
 der Berliner Pöffen-Schlager
Meine gute Olle.
 Bisher das neue Novemberprogramm,
 u. a. Karl Groth als Feuerwehrtrommler.
 Sonntag 4 Uhr: Vaterns Wunderkur

Palast

Theater am Zoo
 Heute 2 Vorstellungen 2
 3 1/2 Nachm. jed. Erw. 8 U.
 1 Kind frei.
 In beiden Vorst. d. ungekürzte
 Novb.-Prog. mit der Operette:
Otto oder Otto?
 (Hauptrollen: Else Bötticher,
 Adele Sandrock, Ingo Brandt)
 sowie
Robert Steidl
 u. d. übr. Novb.-Spezialitäten.

Wichtig für Herren!
 Während des Krieges
 gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Ulster, Paletots, Anzüge, fertig und nach Maß
 noch ohne jede Preiserhöhung im Einzelverkauf noch ohne jede Preiserhöhung vom großen Fabriklager ab.
 Bezugscheine werden von der Firma kostenlos besorgt.
 Verkaufszeit 10-6, Sonnabends 10-8, Sonntags 12-2.
Molkenmarkt 7-8, IV, Fahrstuhl

Busch
 Sonntag:
 2 reiz. Pantomimen:
 Die schöne Gärtnerin
 neu! und neu!
 Der lustige Barbier.
 1 an-geb. Kind auf allen freigeleg. Sitplätzen.
 8 Uhr: Die Gelerprinzeßin
 Große Pantomime.
 8 Uhr: Der U-Boot
 Bisher in beiden Vorstellungen:
 Das großartige Programm:
Afra, die nordische Hellscherin.
 Miffige Tafelspiele.
 3 Luftseen.
 Peters, der Ing. Clown, ufm.

Possen-Theater.

Täglich 8 1/2 Uhr:
 Ein unnatürl. Sohn
 Sagen wir — die Hälfte
 mit Leonhard Haskel.

Rose-Theater.

3 Uhr: Hedwig, die Handlodenbraut.
 8 1/2 Uhr: Eine Frau ohne Herz.

Walhalla-Theater.

3 Uhr: Die Dollarprinzessin.
 8 Uhr: Seemannsliebchen.

Reichshallen-Theater.
 Steffiner Sänger.
 Friedensglocken.
 Zeitg. v. Wenzel. Anf. 8 11
 Heute nachmittags 3 Uhr:
 Weihnachtsabend
 i. Schützengraben
 (Urmäh. Preise:
 Barf. 39 Pf.,
 Ballon 75 Pf.,
 Logen 1 30.)

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
 Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
 Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-
 störung. Teilzahlung.
 Sprechstunden: 10-1 und 5-8

Das Mantelkleid!

Kleidfam
 in der Form
Praktisch
 im Tragen
 und
Billig im Preis
 bei

C & A
 BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Elegantes Mantelkleid,
 gute Figur machend, mit sehr
 festem Kielegurt-Verschluß und
 sehr schönem pelzbesetztem, hoch-
 verstellbarem Kragen
48.50

Besonders vorteilhaftes
 Mantelkleid,
 aus einfarbig. Ware mit wirkungs-
 vollem Taschenaussatz und stottem
 durch Spangen gehaltenen Gurt
nur 39.75

Eine andere, aber nicht weniger
 wirkungsvolle Form des
 Mantelkleides.
 Eleganter Stehragen, hochge-
 schlossene Blusenform mit sehr
 reicher Knopferzierung
42.50

Königsstraße 33
 Am Bahnhof Alexanderplatz.
Chausseestraße 113
 Beim Steffiner Bahnhof.
 Sonntags geschlossen.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Rahnsdorf.

Neunzehn Arbeiterinnen vom Balkanzug überfahren und getötet.

Ein furchtbares Eisenbahnunglück, wie es glücklicherweise in den letzten Jahrzehnten in der Unfallchronik Groß-Berlins nicht zu verzeichnen gewesen ist, hat sich am Sonnabendmorgen zwischen Rahnsdorf und Friedrichshagen ereignet. Dort fuhr der Balkanzug in eine auf dem Bahndamm arbeitende Kolonne von Streckenarbeiterinnen und neunzehn junge Frauen und Mädchen fanden durch Überfahren ihren Tod.

Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten: Auf der Strecke Berlin-Erker werden gegenwärtig zwischen Rahnsdorf und Friedrichshagen Ausbesserungsarbeiten vorgenommen, bei denen eine große Zahl Frauen und Mädchen beschäftigt sind. Heute morgen gegen 9 Uhr war eine aus 23 Mädchen bestehende Gruppe unter zwei Aufsichtern in der Nähe von Rahnsdorf mit Arbeiten am Bahndamm beschäftigt, als von Berlin her ein Militärzug in der Richtung nach Erker herannahte. Auf das Signal der Aufsichtler traten die Mädchen von dem Gleise, an dem sie arbeiteten und der Zug fuhr auf das Nebengleis zurück. Die Arbeiterinnen winkten den vorüberfahrenden Soldaten recht lebhaft zu und führten fröhliche Zwiesgespräche mit ihnen. Inzwischen kam von Erker her auf dem zweiten Gleise der Balkanzug heran. Es ist bisher noch nicht aufgeklärt, ob das Herannahen dieses Zuges von den Aufsichtern rechtzeitig bemerkt und ob sie darauf Warnungssignale gegeben haben oder ob die Aussicht durch den herrschenden Nebel, der den Rauch der Lokomotive auf die Erde hinabdrückte, stark behindert war und der Zug nicht gesehen wurde. Der Balkanzug fuhr bei Bude 16 in die Frauenschar hinein. Während vier der Arbeiterinnen zur Seite geschleudert wurden, waren die übrigen unter den Zug geraten und überfahren worden. Alle wurden auf der Stelle getötet und zum größten Teile schrecklich verstümmelt. Auf die sofort nach Rahnsdorf und Friedrichshagen telephonisch gegebene Meldung von dem einschlägigen Unglück eilten sofort mehrere Ärzte und die freiwilligen Sanitätskolonnen von Friedrichshagen und Rahnsdorf zur Unfallstelle. Hilfe vermochten sie jedoch nicht zu bringen, da, wie sich ergab, alle Überfahrenen bereits tot waren. Die Sanitäter und inzwischen aus dem Kojerovogazarett in Wilhelmshagen hinzugerufenen Soldaten mußten sich darauf beschränken, die Leichen zu bergen.

Die Unfallstelle bot einen furchtbaren Anblick. Die Körper der Verunglückten bildeten nur noch einen großen Haufen zeretzter, blutiger Fleischstücke. Zahlreiche abgetrennte Gliedmaßen lagen umher, viele Körper waren bis zur Unkenntlichkeit germalmt. Die Leichen wurden zunächst neben einander in den Chaufigegraben gebettet, wo sie bis zum Eintreffen der Vertreter der Staatsanwaltschaft und der bahnamtlichen Untersuchungskommission verblieben. Vier bei derselben Notte tätige Arbeiter sind wunderbarerweise ohne jede Verletzung davongekommen, waren jedoch infolge des Schreckens und des furchtbaren Anblicks ihrer so jäh ums Leben gekommenen und entsehtlich zugerichteten Kameradinnen seelisch derart erschüttert, daß sie fortwährend weinten und keines Wortes fähig waren.

Die genaue Ursache
des furchtbaren Unglücks hat bisher noch nicht ganz einwandfrei festgestellt werden können. Der Führer des Zuges soll kein Verschulden treffen. Die Kottenführer behaupten, rechtzeitig die vorgeschriebenen Warnungssignale gegeben zu haben. Es ist sofort eine eingehende amtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Eine weitere Meldung besagt:
An der Unglücksstelle erschien auch bereits die Gerichts-Kommission des Amtsgerichts Köpenick zur Aufnahme des Befundes und zur Einleitung der Untersuchung. Die geretteten Mädchen wurden bereits an Ort und Stelle vernommen. Nach ihren Aussagen scheint die Schuld den Vorkarbeiter Krüger zu treffen. Nach den bestehenden Vorschriften müssen bei Streckenarbeiten diese Vorkarbeiter etwas entfernt von der arbeitenden Kolonne stehen, um den Verkehr zu beobachten und die Arbeiter rechtzeitig zu warnen. Die Mädchen behaupten nun aber, daß Krüger diese Vorschrift außer acht gelassen und inmitten der Kolonne gestanden habe. Einige sagen sogar, daß er auch nicht das vorgeschriebene Hornsignal gegeben, sondern nur im letzten Augenblick den Arbeiterinnen zugerufen habe. Auch diese selbst wissen, wie wir schon mitteilten, nicht vorchriftsmäßig nach dem Rande des Bahnkörpers aus. Solche Abweichungen von den Vorschriften, die nun so verhängnisvoll geworden sind, reichen leicht ein, wenn eine Kolonne erst länger beisammen ist. Die Schleiherinnen, die alle aus kleinen landwirtschaftlichen Betrieben stammen, waren auf der Strecke schon seit August d. J. tätig. Sie waren auch früher schon öfter bei Ausweichungen vor Zügen auf den Nebengleisen stehen geblieben, statt an den Rand zu gehen. Jetzt kam nun noch der Militärzug hinzu, der ihre Aufmerksamkeit besonders fesselte.

Die Zahl der Todesopfer beträgt nach genauen Feststellungen neunzehn. Eine weitere Arbeiterin ist leicht verletzt. Diese konnte in ärztlicher Behandlung in der Wohnung verbleiben.

Die Namen der Toten sind: Marie Fuchs, Martha Rahmert, Agnes Sage, Vera Soltsfel, Hedwig Padermann, Franziska Hildebrandt, Anna Kühn, Philomene Rauf, Vera Rosenberger, Franziska Janoga, Martha Krndt, Marie Egla, Martha Jimny, Kosalle Jimny, Anna Hendrik, Anna Kalla und Hedwig Kalla. Die Verunglückten sind sämtlich junge, ledige Mädchen und aus Schleiern von den Unternehmern, die die Ausbesserungsarbeiten im Auftrage der Bahnverwaltung vornehmen, angenommen worden. Sie wohnten alle in Friedrichshagen.

Die Schuldfrage
ist, obwohl sofort nach Bekanntwerden des Unglücks die amtlichen Ermittlungen einsetzten, bisher noch immer nicht völlig geklärt. Bei Bude 16, wo die verhängnisvolle Katastrophe sich ereignet hat, arbeiteten 26 Mädchen unter der Aufsicht zweier Kottenführer, die Angestellte der Eisenbahnverwaltung waren. Diese Kottenführer hatten nach der Vorschrift zu beiden Enden der Arbeitsstelle mindestens 100 Meter von den Arbeiterinnen entfernt Aufstellung zu nehmen und ständig die vor ihnen liegende Strecke zu kontrollieren. Beim Herannahen eines Zuges hatten sie Hornsignale zu geben. Ueber die Reihenfolge und Zeitfolge der die Strecke passierenden Züge waren sie hinreichend unterrichtet. Beim Erörten eines Doppelsignals haben die Arbeiterinnen nach der ihnen wiederholt erteilten Unterweisung ganz von den Gleisen heruntergetreten. Nach der Behauptung einiger der Mädchen, die an der Unfallstelle arbeiteten und mit dem Schrecken davongekommen sind, soll einer

der Aufsichtler nicht den ihm vorgeschriebenen Standpunkt eingenommen haben, sondern sich nur etwa fünf Meter von den Arbeitenden entfernt befunden haben. Nach den gemachten Aussagen steht fest, daß der vorüberfahrende Militärzug von den Kottenführern durch Hornsignal rechtzeitig angekündigt worden ist. Die Mädchen sind auch zurückgetreten, aber auf dem zweiten Gleise geblieben, auf dem der Balkanzug herannahen mußte, was den Mädchen ebenfalls gesagt worden war. Als die Arbeiterinnen dem schon die Unfallstelle hinter sich habenden Militärzug nach mit Tüchern nachwinkten, brauste der Balkanzug heran und das Unglück war geschehen. Darüber, ob der in Betracht kommende Kottenführer, der seinen Standort in der Richtung nach Berlin zu, von woher der Balkanzug kam, hatte, nun das vorchriftsmäßige Hornsignal gegeben und ob er es rechtzeitig gegeben hat, darüber gehen die Befragungen auseinander. Einige der Arbeiterinnen behaupten jedenfalls mit Bestimmtheit, daß sie ein solches Signal nicht gehört haben. Hinzu kommt, daß infolge des herrschenden Nebels die Arbeiterinnen selbst die Strecke sehr schlecht übersehen konnten und da sich zwei Züge zu fast gleicher Zeit auf der Strecke befanden, das Herannahen des Balkanzuges überhört haben. Die bahnamtliche und die staatsanwaltschaftliche Untersuchung dauern noch an und dürften jedenfalls bald eine genaue Klärung der Schuldfrage ergeben. Inwieweit die Verhaftungen sind jedenfalls bis zur Stunde nicht vorgenommen worden.

Die Leichen der Verunglückten sind, nachdem die behördliche Inaugenscheinnahme stattgefunden hat, gestern abend nach der Halle des Rahnsdorfer Gemeindefriedhofes gebracht worden.

Die Unglücksstelle wurde gestern den ganzen Tag über bis in den Abend hinein von vielen Leuten aus der Umgegend und selbst aus Berlin besucht. Mehrere Gendarmeriewachmeister sperren die Umgebung ab. Die zum Teil gestürzten Leichen wurden einstecken in den Gräben neben dem hohen Bahndamm nebeneinander hingelegt und mit den Kleidungsstücken zugebedt. Im Laufe des Nachmittags erschien auch Eisenbahndirektionspräsident Niemelin an der Unglücksstelle. Vom Amtsgericht Köpenick war Amtsrat Dr. Goldhofer dort. Von der Staatsanwaltschaft II Berlin Affessor Dr. Dominik. Beide vernahmen mit einem Gerichtsschreiber an Ort und Stelle alle Beteiligten, die beiden Streckenposten, die die Warnungssignale zu geben haben, die beiden Schichtmeister Segla und Sibaja, unter deren Aufsicht die Arbeiten ausgeführt werden und eine Reihe männlicher Arbeiter. Der Nebel war nicht so dicht, daß er allein das entsetzliche Unglück verschuldet haben könnte. Ueber die Schuld der Streckenposten läßt sich bestimmt auch noch nicht sagen. Darüber, ob die Warnungssignale ordnungsmäßig gegeben worden sind, gehen die Angaben auseinander. Alles das bedarf noch weiter der Aufklärung. Die große Arbeiterschaft war in zwei Kolonnen auseinandergezogen. Die eine arbeitete weiter nach Wilhelmshagen zu, die andere nach der Rahnsdorfer Seite in der Nähe der Bude 20. Die erste bestand aus Mädchen aus Deutschrafelwitz, die zweite aus Mädchen aus zwei Ortschaften im Kreis Groß-Wartenberg, Regierungsbezirk Breslau, aus Tüchtitz und aus Gohle. Von den Mädchen aus Tüchtitz wurden 13, von den aus Gohle 6 getötet. Tragisch ist das Geschick des Schichtmeisters Segla aus Gohle. Ihm gelang es, im letzten Augenblick der höchsten Gefahr zwei Arbeiterinnen, die in seiner unmittelbaren Nähe standen dadurch zu retten, daß er sie fasste und beiseite warf. In demselben Augenblick wurde seine eigene Tochter, die weiter von ihm abstand überfahren und getötet. Die Schichtmeister beklagen sich darüber, daß die Arbeiterinnen beim Vorüberfahren von anderen Zügen mehr auf diese als auf die warnenden Hupensignale und Zurufe hören. Namentlich bei Soldaten. So seien sie auch zurzeit des Unglücks so sehr mit dem Zuwinken und Zurufen zu den durchfahrenden Soldaten beschäftigt gewesen, daß sie auf die Warnungen zu wenig geachtet hätten. Der Streckenposten Krüger, der von mehreren Seiten belästet wird, wohnt in Fangschleuse. Er ist schon länger auf der Strecke tätig.

Aus Groß-Berlin.

Der Kleine wußte es besser!

In einen Berliner Straßenbahnwagen steigt eine Frau mit ihrem anscheinend fünfjährigen Söhnchen ein. Beiden gegenüber sitzt ein Angestellter der Wad- und Schließgesellschaft, der zum Dienst fährt. Das Kind betrachtet den schon ergrauten Mann aufmerksam; besonders dessen Ausrüstung erweckt seine lebhafteste Anteilnahme. Es entwickelt sich dann dieses Zwiesgespräch zwischen Mutter und Kind:

Mutti, was hat der Mann da für ein Schloß? Was ist das für'n Mann?
Ja seh' kein Schloß. Das ist ein Nachtwächter, mein Kind.

Ein Nachtwächter? Was ist das? Was tut der Mann?
Der Mann muß nachts wachen, damit niemand was wegholt, wenn die Leute schlafen.

Darf der Mann nicht schlafen?
Nein mein Kind, der muß die ganze Nacht wachen, bis die Leute wieder aufgestanden sind.

Immer wachen? Ach, darum ist der Mann auch so traurig.
Gewiß, mein Kind!

Nicht wahr, Mutti, aber eine Nachtwächterin ist noch viel trauriger?
Nachtwächterinnen gibts nicht.

Doch Mutti, die gibts.
Nein, mein Kind, ich kenne nur Schaffnerinnen, Briefträgerinnen, Postilloninnen; aber Nachtwächterinnen, die gibts nicht.

Doch Mutti, die gibts.
Nun hör' aber auf; siehst Du nicht, wie die Leute über Dich lachen.

Ja Mutti, wenns aber doch welche gibt!
Ja habe noch keine gesehen.
Ja Mutti, sieh mal, Du hattest auch lange keinen Nachtwächter gesehen.

Die Frau wußte sich nicht anders zu helfen, als daß sie dem Kleinen den Mund verbot. Und doch hatte das herbe Wort recht; denn schon tags nachher beobachtete ich zwischen 12 und 1 Uhr nachts, wie in der Charlottenstraße ein weiblicher Nachtwächter Haustüren revidierte.

Die Versorgung mit Winterkartoffeln.

Nachdem die Winterversorgung mit Kartoffeln nunmehr begonnen hat, weist der Berliner Magistrat nochmals eindringlich darauf hin, daß die auf Bezugscheine zentnerweise gelieferten Kartoffeln nicht zum sofortigen Verbrauch bestimmt sind, sondern für die Zeit vom 18. Dezember 1916 bis 18. März 1917 reichen müssen. Wer also jetzt schon mit dem Verbrauch dieser Kar-

toffeln beginnt, setzt sich der Gefahr aus, daß die Vorräte schon vor dem Endtermin, dem 18. März 1917, aufgebraucht sind, und daß er dann keine Kartoffeln mehr erhält. Wer seine Vorräte vorzeitig aufzehrt, kann unter keinen Umständen damit rechnen, Kartoffeln nachgeliefert zu erhalten. Da die Bezugscheinhaber entsprechend der früher in Aussicht genommenen Regelung ihre Kartoffellisten schon für die Zeit vom 20. November ab abgegeben haben, so erhalten sie, um in der Zeit vom 20. November bis 17. Dezember ihren Wintervorrat nicht angreifen zu müssen, eine „Zwischenkartoffelliste“, auf Grund deren sie bis zum Beginn der Winterversorgung, nämlich dem 18. Dezember, ihren künftigen Bedarf decken können. Die Zwischenlisten sind unterdessen den Prokollommissionen zugegangen und können dort gegen Vorlegung des Bezugscheins in Empfang genommen werden.

Mitteilung des Magistrats Berlin.

Die von der Preisprüfungsstelle als angemessen bezeichneten Preise für je 1 Pfund sind für die nächste Woche folgende:
bei Birnkohl 17-20 Pf.
Weißkohl 8-10 „
Rotkohl 17-20 „
Kohlraben 7-9 „
Grünkohl 13-17 „
Zwetschgen (besonders feine, aus- gesuchte Ware, Auslese, ist hierbei nicht inbegriffen) 35-65 „

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Montag, den 13. November 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 2,10 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 2,40 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,50 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,70 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 2,10 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 2,30 M., große (von 4 Pfund und mehr) 2,40 M., ohne Kopf (im Durchschnitt) 3,25 M.; Schollen, Kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zufuhr ungenügend.)

Gemüsepreise und Preisprüfungsstelle.

Das Nachrichtenamt schreibt: In einem Artikel des „Amtsblatts der Reichsstelle für Gemüse und Obst“ vom 9. November, überschrieben „Die Gemüsepreise und die Preisprüfungsstelle“, wird der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin der Vorwurf gemacht, sie lege ihren Richtpreisen die Großhandelspreise der Zentralmarkthalle zugrunde, die in den meisten Fällen unangemessen seien, und ferner, sie überlasse es den preisgeschädigten Verbrauchern, die Ueberwachung der Preise selbst zu übernehmen. Demgegenüber ist zu bemerken: Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat mit an erster Stelle ein Ueberwachungsamt eingerichtet und eine größere Anzahl von Revisoren angestellt, die den Handel ständig kontrollieren; die Aufforderung an das kaufende Publikum, Preisüberschreitungen anzuzeigen, stellt daher lediglich eine nicht zu entbehrende Ergänzung und Unterstützung dieser Kontrolltätigkeit dar. Es ist denn auch bezeichnend, daß in der ersten Woche nach der Bekanntgabe der Kleinhandelspreise verschwindend wenig Fälle aus dem Publikum gegenüber den von unseren Revisoren festgestellten Uebererschreitungen zur Anzeige gelangten.

Auch die Preisprüfungsstelle hält die Großhandelspreise der Zentralmarkthalle vielfach nicht für angemessen. Soweit es darauf ankommt, übermäßige Gewinne des Großhandels zu verhindern, erfüllt sie selbstverständlich ihre Pflicht in größtmöglicher Weise. Ein rücksichtsloses Vorgehen, beschränkt auf ein begrenztes örtliches Verbrauchergebiet, hat erfahrungsgemäß fast immer die Ware aus dem Bezirk vertrieben und erhebliche Versorgungs Schwierigkeiten bereitet. Diese lassen sich nur durch umfassende Maßnahmen für ein größeres Versorgungsgebiet vermeiden. Dies vermag eine örtlich beschränkte Preisprüfungsstelle nicht zu leisten; das wäre vielmehr in erster Reihe die Aufgabe der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die Zufuhr an Eiern hat in letzter Zeit erheblich abgenommen. Diese, wie das Nachrichtenamt schreibt, wohl hauptsächlich auf die kalte Jahreszeit und auf die ungünstige Witterung, welche auch in den ausländischen Produktionsländern in letzter Zeit geherrscht hat, zurückzuführen bedauerliche Erscheinung erschwert die Eierversorgung derart, daß für die beiden nächsten Wochen, vom 13. bis 26. November, nur ein Ei auf jeden Einwohner gewährt werden kann.

Die beiden Lager der Fettstelle Groß-Berlin (Butter), (bisher Butterverorgungsstelle Groß-Berlin), bisher Dirdenstraße 26/27 und Köpenicker Straße 40/41 befindlich, sind vereinigt und in das Haus Ritterstraße 11 verlegt worden. Fernsprecher: Moritzplatz 1075.

Die Verteilung von Grieß und Graupen an die Kleinhandler ist jetzt im wesentlichen durchgeführt. Es entfallen auf Abschnitt 1 der Berliner Lebensmittelkarte 100 Gramm Grieß und auf Abschnitt 2 100 Gramm Graupen.

In der Woche vom 13. bis 19. November dürfen auf jeden der Abschnitte 29 der Kartoffelkarte ein Pfund, zusammen also höchstens 7 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Sonderfürsorge für Angehörige der Bekleidungsindustrie.

Die für die Textilindustrie, so hat die Stadtgemeinde Berlin durch den Gemeindecentschluß vom 20. Oktober 1916 nunmehr auch für die durch Beschlagnahme der Rohstoffe ganz oder teilweise erwerbslos gewordenen hilfsbedürftigen Angehörigen der Bekleidungsindustrie eine Kriegsonderfürsorge errichtet. Gezahlt werden als Unterstützung bei gänzlicher Erwerbslosigkeit drei Viertel des in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis dahin 1914 verdienten Lohnes, bei teilweiser Erwerbslosigkeit drei Viertel der Differenz zwischen dem derzeitigen Verdienst und dem festgestellten Durchschnittslohn. Die Höchstgrenze der Unterstützung beträgt wöchentlich 18 M., die aber in Fällen besonderer Bedürftigkeit bis zu 27 M. erhöht werden kann. Das Nähere über die den Arbeitgebern obliegenden Verpflichtungen ergibt der Gemeindecentschluß, der in der Zentralstelle der Arbeitslosenfürsorge, Stralauer Straße 3/6, unentgeltlich zu erhalten ist. Die Anträge der Heimarbeiter, Kleingewerbetreibenden und Zwischenmeister auf Unterstützung werden von den städtischen Geschäftsstellen entgegengenommen, während die Erweiterungen für die ihnen vor dem 1. Oktober angehörenden und vor dem gleichen Tage erwerbslos gewordenen Mitglieder als Berechnungs- und Zahlstellen zugelassen sind.

Abtaffung der Frauenabteile?

Es wird berichtet: Anlässlich der zugunsten des Güterverkehrs verfügbaren Zugerminderung ist eisenbahnamtlich angeordnet worden, daß die Frauenabteile in den Personenzügen fortlassen sollen. Es soll dadurch der Platz besser ausgenutzt werden, da erfahrungsgemäß die Frauenabteile oft gar nicht, meist aber nur sehr schwach besetzt sind. Aus dem gleichen Grunde sollen auch nach Möglichkeit keine besonderen Abteile für Reisende mit Kindern eingerichtet werden.

Es ist richtig, daß viele weibliche Reisende lieber Nichtraucher- als Frauenabteile benutzen. Wenn die letzteren dadurch nicht in dem wünschenswerten Maße benutzt werden, so konnte man sie vermindern. Sie ganz abzuschaffen, ist eine Rücksichtslosigkeit gegen Mütter, die mit Säuglingen längere Reisen machen müssen.

Militärische Eierversorgung.

Vom festretirenden Generalkommando des Gardekorps ist an die unterstellten Truppenteile die Anweisung ergangen, Hühner zu halten, um die Erzeugung von Eiern zu haben. Bei den vertriebenen Truppenteilen läßt sich die Haltung von Federwild ohne sonderliche Mühe und Kostenaufwendung durchführen. Auch jenen Formationen, die sich schon mit der Kinder- und Schweinemast betreffen, dürfte die Hühneraufzucht nicht schwer fallen. Soweit als möglich sollen auch die bei den Probantämtern aufkommenden Getreideabfälle und dergleichen zu den üblichen Preisen an die militärischen Stellen mit Hühnerhaltung abgegeben werden. Zunächst aber kommt als Futter der aus dem eigenen Küchenbetrieb sich ergebende Abfall in Frage. Im Bereich des 8. Armeekorps hat das Barackenlagarett Tempelhofer Feld auf dieser Grundlage bereits eine Musteranlage geschaffen.

Die Fettmenge der nächsten Woche. In der Woche vom 13. bis 19. November werden auf die Fettmenge von 90 Gramm an Butter 60 Gramm und an Margarine 30 Gramm verteilt werden. Der Preis für 60 Gramm Butter erster Qualität beträgt 32 Pf., für 30 Gramm Margarine 12 Pf.

Wichtigste Versorgung mit Brennmaterial. Bei der Knappheit des Brennmaterials, der Schwierigkeit des Transports und dem Mangel an Arbeitskräften empfiehlt der Berliner Magistrat den Einkauf von Kohlen, Holz usw. vorzunehmen, bevor durch Schneefälle die Anfuhr erschwert wird und bei eintretender Kälte die gleichzeitige Nachfrage von vielen Seiten die Eindeckung noch schwieriger gestaltet oder unmöglich macht.

Kartoffelversorgung. Der Magistrat teilt mit, daß der Kartoffelverkauf auf den drei Berliner Bahnhöfen Nord-, Ost- und Hamburg-Rehrick Güterbahnhof an Selbstabholer auch am heutigen Sonntag, und zwar in den Vormittagsstunden von 9-12 Uhr, stattfindet. Zugleich wird nochmals hervorgehoben, daß die anfänglich angeordnete Beschränkung, nach der nur Selbstabholer mit den Anfangsbuchstaben A-D zugelassen sind, aufgehoben ist.

Die Einschränkung des Postdienstes in den Vororten ist eine Folge der Abänderung des Eisenbahnfahrplans im Vorortgebiet. Infolge der Einschränkungen im Zugverkehr fallen im Postschalterdienst zahlreicher Postämter die Dienststunden für die Annahme und Ausgabe der Postkarten von 12 bis 2 Uhr mittags aus. Vielfach ist auch die zweite Paket- und Geldbestellung an den Werktagen fortgefallen und der Paketannahmeschluss um 6 Uhr abends eingetreten. Ebenso sind die Zeiten für die Leerung der Briefkästen geändert und eingeschränkt worden.

Teilfahrplan der Eisenbahndirektion Berlin. Von dem neuen Fahrplan der Eisenbahndirektion Berlin ist jetzt der erste Teil im ersten und endgültigen Entwurf fertiggestellt. Er umfaßt die Fahrpläne der Vorortzüge je im Werktag- und Sonntagsverkehr der Strecken nach Königswusterhausen, Spandau, Strausberg mit Fredeburg und Müderdorf, nach Rauen, Bernau, Tegel und Velen, Cranienburg, Lichterfelde-Ost, Jossen und Wandsdorf, der Wanneseebahn sowie nach Potsdam und Werder. Auch die neuen Fahrpläne für die Fernzüge des Bezirks sind sämtlich aufgenommen, d. h. für die Strecken nach Kremmen, Wustermark, Werneuchen und Beelitz, sowie von Beelitz nach Cranienburg.

Die neue Fleischgroßmarkthalle an der Landberger Allee. Die Stadtverordnetenversammlung hatte vor dem Kriege für den Neubau der Fleischgroßmarkthalle rund 4 1/2 Millionen Mark bewilligt. Der Magistrat hat nun, den veränderten Verhältnissen entsprechend, eine wesentliche Vergrößerung in der Weise beschlossen, daß zu dem schon vorgeschlagenen noch eine Erweiterung des Kühlhauses kommt, um größere Mengen Fleisch nicht nur dort aufzubewahren, sondern auch zum Einfrieren zu bringen oder eingefrorenes Geflügelfleisch zu lagern. Dagegen soll die Errichtung eines Wohnhauses für Beamte und Markthallenangestellte im

Auge der Deutsch-Kroner Straße vorläufig zurückgestellt werden. Die Kosten sollen sich auf sieben Millionen Mark belaufen.

Verkehrswesen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Aus Anlaß der Arbeiten für den Einbau der Kreuzungsanlage Markgrafen-Französische Straße der Großen Berliner Straßenbahn wird die Markgrafenstraße zwischen Behren- und Französische Straße vom 13. d. M. ab auf drei Wochen für den Fahrverkehr gesperrt.

Handelsverbot. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin dem Fabrikanten Bogislaw Krüster, hier, Bülowstr. 80, den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs wegen Unzuverlässigkeit in Bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt.

Ungetreue Postausheber. Der 18 Jahre alte Ausheber Kurt Schwarz hat in einem Geschäft an der Invalidenstrasse photographischmann stuhlig. Er sah bald, daß Sch. mit den Apparaten, die er anbot, nicht im geringsten Verdacht wachte. Jetzt holte er die Polizei, um den jungen Mann feststellen zu lassen. Auf der Wache ergab sich, daß man es mit einem Postausheber zu tun hatte. Man veranlaßte in der Wohnung seiner Eltern eine Hausdurchsuchung und fand dort photographische Apparate, Maßwerkzeuge und allerhand Sachen versteckt. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß Sch. alle diese Dinge mit dem ebenso alten Ausheber Karl Schneider aus Feldpostpaketen entwendet hatte. Die beiden waren schon seit 1 1/2 Jahren bei der Post beschäftigt. Wenn sie allein beim Sortieren waren, so öffneten sie Pakete, nahmen heraus, was ihnen gefiel, verschlossen die Sendungen wieder und brachten sie in den Verkehr. Die Werte veräußerten sie, um einen lockeren Wandel führen zu können. Beide wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Selbstmord einer zum Tode Verurteilten. Die Arbeiterfrau Ida Wiemann, geb. Keel, die kürzlich wegen Ermordung ihrer 17jährigen, vorehelichen Tochter Irma vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zum Tode verurteilt wurde, hat in der Nacht zu Sonnabend ihrem Leben ein Ende bereitet. Sie wurde morgens erhängt in ihrer Zelle im Koabitier Untersuchungsgefängnis aufgefunden. Wie erinnerlich, hat die Wiemann am 23. März ihre kleine Tochter in den Rauden Bergen bei Steglitz mit einem Holzpantoffel erschlagen und die Leiche verscharrt.

Der Raubmörder Ebert, der bei Vergedorf den dänischen Maler Mortensen umbrachte und beraubte und auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 1500 M. ausgesetzt ist, soll bald hier, bald da aufgetaucht sein. Kürzlich wurde von drei Stellen zugleich gemeldet, daß er festgenommen worden sei. Aber keiner der Verhafteten war Ebert. Auch in Berlin glaubte man ihn schon erkannt zu haben. In der Vorstrasse wohnte eine Nacht ein Mann, der am nächsten Morgen unter Mitnahme von Kleidungsstücken verschwand und ein blutbeflecktes Hemd zurückließ. Die Wirtin und eine andere Frau glaubten nach dem Wille des Raubmörders in dem Verschwindenden Ebert bestimmt zu erkennen. Der Verdächtige wurde eilig gesucht und jetzt in Spandau ergriffen. Es ist aber wieder nicht Ebert, sondern ein Uhrmacher Max Martens, der wegen Unterschlagung verurteilt wurde. Martens ist Morphiumfiel. Die Blutsfede in seinem Hemde rühren von den zahllosen Morphiumeinspritzungen her.

Geldschrankbrecher suchten in der Nacht die Kolonial-Großwarenhandlung von Heinemann u. Hillinski, Skalitzer Straße 14, heim. Sie erbrachen das Spind nach Art der gewerbsmäßigen Diebstahlsbrecher und erbeuteten 3000 M. in barem Gelde. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittags. Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe. Besonders im Küstengebiet leichte Regenfälle.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Der Magistrat hat in der vergangenen Woche Bezugscheine an diejenigen Haushaltungen ausgegeben, die sich die Kartoffeln selbst vom Güterbahnhof Charlottenburg abholen wollten. Von diesem Recht hat etwa ein Viertel der Haushaltungen Gebrauch gemacht, die feinerer ihren Wintervorrat bestellt hatten. Insgesamt sind aber bereits etwa 20 000 Zentner Kartoffeln für den Winterbedarf ausgegeben. Infolge Störungen in der Zufuhr stellten sich bei der Abholung gewisse Schwierigkeiten heraus, die aber für die kommende Woche beseitigt sind. Die Befürchtung, daß eine Lieferung nicht stattfinden, ist unbegründet. Im Interesse einer glatten Abwicklung ist es wünschenswert, daß die Abholung in den letzten Tagen der kommenden Woche erfolgt. Die Zufuhr der bestellten Winterkartoffeln an die Haushaltungen selbst durch den Magistrat wird erst erfolgen, sobald die Einwinterung der städtischen Kartoffelvorräte beendet ist. Der Zeitpunkt kann vorläufig noch nicht angegeben werden.

Charlottenburg. In der Technischen Hochschule zu Charlottenburg hat sich eine Explosion ereignet, bei der einer der Dozenten schwer verletzt wurde. Im Laboratorium des chemischen Instituts hatte Dr. Kochmann, der Assistent des Vorlesers des Instituts, Versuche unternommen. Während Dr. Kochmann mitten in der Arbeit war, erfolgte plötzlich aus höher noch nicht aufgeklärten Gründen eine heftige Explosion, bei der durch den starken Luftdruck die Scheiben vieler Fenster zertrümmert wurden. Dr. Kochmann erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und an den Armen. Der Verunglückte wurde sofort in das in den Räumen der Technischen Hochschule befindliche Refektorienlazarett gebracht. Hier wurde festgestellt, daß die Verletzungen, die Dr. Kochmann davongetragen hat, sehr schwer und daß die Augen in Mitleidenschaft gezogen sind. Das durch die Explosion verursachte Feuer wurde in kurzer Zeit gelöscht.

Weißensee. Die Gemeinde wird auch in diesem Jahre wiederum zu Weihnachten Liebesgaben an die im Felde stehenden Einwohner versenden und will hierfür die Summe von 8000 M. anwenden. Außerdem sind 6000 M. für Unterhaltungsarbeiten an die Kriegerverwundeten zur Verfügung gestellt. Weitere je 1000 M. erhalten das im hiesigen Ort garnisonierende Ersatzbataillon, das Gardekorps und das 8. Armeekorps. Insgesamt wurden für Liebesgaben zwecks 15 000 M. bewilligt.

Parteiveranstaltungen.

Sozialdemokratischer Kreisverein Lichterfelde. Die Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 14. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Lenski, Hindenburgstr. 55, statt. Gäste willkommen. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht. Der Vorstand.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Schöneberg. Heute Sonntag: Schützenfest nach dem Brunnenwald. Treffpunkt 8 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Fahrpreis 20 Pf. Abends: Spielabend bei Dentel, Reiningers Straße 8. Anfang 7 Uhr.

Wittlich. Abonnementversammlung mit Ersatzwahlen. Anfang 8 Uhr. (Kein Lebensabend.)

Sonntag, den 19. November: Wanderfahrt nach Birkensieder-Bernau. Treffpunkt 7 Uhr. Kaiser-Wilhelm-Platz. Fahrpreis 1 M.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. November, vormittags 9 Uhr, Doppel-Messe 15/17: Reutßen, „Idealhalle“, Idealpostage; Ober-Schöneberg, Alarakt. 2: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Otto Roth: Weide die selbst getreu. — Gäste willkommen.

HERBAST

Spielwaren - Ausstellung
Alexanderplatz:
Die Seeschlacht am Skagerrak
Frankfurter Allee:
Erlebnisse der Familie Krause, Berlin O

Alexanderplatz

Leipziger Strasse

Frankfurter Allee

Damen-Wäsche



- Damenhemden aus gutem Stoff mit prima Stickerei... 295 350 450
- Damenhemden aus gutem Stoff, mit Stickerei, pa. Ein- u. Unsch... 550 675 725
- Beinkleider Anteform, mit bestem Stickerei-Ansatz... 250 295 350
- Beinkleider Anteform, reich mit Stickerei garniert... 525 625 690
- Nachthemden aus feinem Stoff, mit Stickerei... 590 690 725
- Nachthemden aus feinem Stoff, reich mit Stickerei garniert... 850 1050 1150
- Bezugs-scheinfrei Stickerei-Untertailen... 250 350 510



Schürzen Ohne Bezugs-scheine

Bluse aus feinstem Stoff, Taill m. Seidenkragen u. Knöpfen garniert, auf Taillutter... 750
Bezugs-scheinfrei

- Tändelschürzen mit und ohne Träger... 95 Pf.
- Seeschürzen... 145 175 225
- Blusenschürzen... 245 270 325
- Blusenschürzen... 295 375
- Haus-schürzen... 245 295
- Knabenschürzen in verschiedenen Größen... 95 Pf.
- Blusenschürzen Wiener Form... 450 550
- Rinderschürzen... 225 245
- Blusenschürzen Wien. Form... 375 475
- Kochschürzen... 475 600

Lilbluse in schönen bedruckten Mustern mit reichem Besatz... 1275
Bezugs-scheinfrei



Bluse aus gestreift. Selde mit einfarbig Kragen, sehr kleidsame Form... 1150
Bezugs-scheinfrei

Morgenröcke

- Morgenröcke aus Flauchstoff in mehreren Ausführungen... 975 1450
- Morgenröcke aus Flauchstoff mit eleganter Atlasgarnierung... 1575 1650
- Morgenröcke aus Wolllausch, modern verarbeitet... 2150 2550
- Morgenjachen aus Flauchstoff in verschiedenen Ausführungen... 375 425 590 750



Velvetbluse mit Seidenkragen, reicher Passel- und Knöpfenverzierung... 975
Bezugs-scheinfrei

Leder-Damentaschen praktische neue Formen, gute Verarbeitung... 375 500 675 750 975

Möbel-Angebot.

Solche Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Direkt G. I an die Expedition des "Sonntags".
Keine Kassierer. Größte Kulanz.



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!

Am 22. Oktober 1916 fiel unser Genosse, der Gefreite

Wilhelm Neuenfeld

Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.

198/7

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Donnerstag, den 9. November, verstarb unser langjähriges Mitglied

August Thiele.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. Nov., mittags 12 Uhr, im Stdt. Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Karl Fischer

Kosfelder Str. 20, am 7. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
125/19 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 27. Oktober mein lieber, guter Mann, der Kanonier

Otto Volkmann

im 30. Lebensjahre.
Dies zeigt im tiefsten Schmerz an die trauernde Gattin

Elise Volkmann

1974 geb. Perleberg.
War jeder so wie er, gab's weder Krieg noch Not,
Als Sohn des Volkes starb er, getreu bis in den Tod.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 31. Oktober an den Folgen seiner schweren Verwundung im Lazarett mein lieber Mann, kausaler Vater seines einzigen Töchterchens, unser guter ältester Sohn, Schwägerjohn, lieber Bruder, Schwager, Kasse und Onkel, der Landsturmmann

Waldemar Richter

im noch nicht vollendeten 33. Lebensjahre.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Elisabeth Richter geb. Abend
als Frau nebst Tochter Hildegard,
Charlottend., Taurroggenstr. 13.

Gustav Richter, Mario Richter
geb. Haas als Eltern.

Mit der Sehnsucht im Herzen nach
seinem Leben,
Mit der Sehnsucht im Herzen ist
er geblieben.

War jeder so wie er,
Als Sohn des Volkes starb er,
Getreu bis in den Tod.
Nur wer ihn gekannt, 1508
Weiß was wir verloren.

Herr von der Helmat und seinen
Liebern fiel am 29. September d. J.
durch ein feindliches Artillerie-
geschloß unser innigstgeliebter,
bergsänger Sohn, Bruder, Kasse
und Weiler, der Gefreite

Paul Jendrischek

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl.,
Inf.-Regt. Nr. 20, 2. Komp., im
hohen Alter von 26 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrabt an
Die Eltern 1434
Paul und Marie Sorgatz,
als Geschwister

Else u. Alfred Sorgatz,
Hainlstr. 31,
nebst übrigen Verwandten.

Die Gräber, die nicht Kranz
noch Denkmal tragen, die einsam
stehen und verlassen ganz allein,
die schliefen oft mit allen ihren
Klagen den liebsten Menschen, den
größten Bruder ein. Sein Wunsch
war stets ein Wiedersehen, nun
kann es nimmermehr geschehen.
Lieber Sohn und Bruder, schlaf
in Ruh', uns're Liebe deckt Dich zu.

Heute morgen verschied an einem Herzschlage mein
Weiler

Herr August Wehlert

im 78. Lebensjahre.
Ruhig und bis zur letzten Stunde tätig, hat der liebe An-
schlafene während 43 Jahren meinem Vater und mir in
seiner Treue, Gewissenhaftigkeit und Uneigennützigkeit als
Wertvoller zur Seite gestanden.

Sein Ableben bedeutet für mich und meine Firma einen
schmerzlichen Verlust und wird sein Andenken stets hoch in
Ehren gehalten werden.

Berlin, den 11. November 1916.
Hans Stegemann

Inhaber der Firma **A. Stegemann, Fabrik photogr. App.,**
Dresdener Str. 50/51

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Joseph Dziwnik, Geschäftsdienner.**
- Eduard Fast, Industriearbeiter.**
- Paul Heidenreich, Geschäftsführer.**
- Karl Jaster, Arbeitsführer.**
- Paul Jendrischek, Lagerarbeiter.**
- Karl Jvo, Geschäftsführer.**
- Hermann Liebherz, Industriearbeiter.**
- Paul Link, Industriearbeiter.**
- Willi Masnick, Geschäftsdienner.**
- Emil Meinecke, Industriearbeiter.**
- Georg Schmiegel, Möbelträger.**
- Hermann Zietlow, Geschäftsführer.**

69/11 Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

- Gustav Britze, Möbelpolierer, 37 Jahre alt.**
- Otto Dathe, Tischler, 28 Jahre alt.**
- Paul Eriurt, Tischler, 30 Jahre alt.**
- Karl Hackemesser, Tischler, 38 Jahre alt.**
- Max Hönicke, Kammerarbeiter, 32 Jahre alt.**
- Georg Lamla, Tischler, 34 Jahre alt.**
- Franz Messer, Drechsler, 25 Jahre alt.**
- Otto Obst, Besenmacher, 36 Jahre alt.**

68/5 Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer etc.

Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder
auf den Schlachtfeldern gefallen sind:

- Lackierer Wilhelm Reichert**
(Sektion der Lackierer) am 1. September 1916.
- Lackierer Robert Franke**
(Sektion der Lackierer) am 10. Oktober 1916.
- Maler Michael Schmeißer**
(Bezirk Ober-Schönhaide) am 16. Oktober 1916.
- Maler Rudolf Liehr**
(Bezirk Osten) am 7. November 1916.

136/15 Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges starb an den Folgen seiner schweren
Verwundung unser einziger, lieber Bruder, Schwager und Onkel,
der Pionier

Karl Bude

im 34. Lebensjahre.
Berlin, im November 1916. 14738
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Georg Flatau und Frau Paula geb. Bude.
4. St. im Felde.

Welmütige Erinnerung
zum Sterbetage meines herz-
guten Vaters, Vater meines nie
gesehenen Töchterchens, meines
einzigen Sohnes, unseres lieben
Bruders, Schwagers und Schwie-
gerjohns, des Musiklers

Richard Hänsel
gestorben am 13. November 1915
infolge Erschöpfung.

In schmerzlicher Erinnerung
Seine Gattin
Martha Hänsel geb. Sprotte
nebst Töchterchen Ruth,
Kantstr., Jaitstraße Nr. 7.

Für diese Trauer gibt es kein
Vergessen.
Das Bild des Heimgegangenen
lebt fort.

Und es auch Jahre kommen,
Jahre gehen,
Noch klingt im Geist wand'ndes
Wort.

Wer ihn gekannt, weiß, was ich
verloren! †30



Verband der Sattler und Porteleuller.

Ortsverwaltung Berlin.
Als Opfer des Weltkrieges fielen
die Kollegen

- Franz Langner**
26 Jahre alt.
- Johann Kibner**
30 Jahre alt.
- Robert Bartsch**
34 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!
158/18 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Am 16. Oktober 1916 starb den
Tod fürs Vaterland unser lieber
Kollege, der Zuschneider

Hermann Tönniges.

Ruhe ihm die Erde leicht sein.
Gedankt von den

Kollegen und Kolleginnen
der Firma
H. Storckmann,
Wagenfabrik. 14828

Nachruf.
Am 26. Oktober 1916 fiel als
Opfer des Weltkrieges mein meh-
rjähriger Zuschneider

Hermann Tönniges.

Seine Pflichttreue sowie sein
lebenstüchtiges Wesen sichern
ihm ein dauerndes ehrenvolles
Andenken. 14938

Ruhe sanft!
H. Storckmann.

In schmerzlichem Gedenken
zum 42. Geburtstag
meines lieben, bergensguten
Mannes, des Landsturmmann • Ober-
gefreiten

Johann Klemp

gestorben am 25. April infolge
seiner schweren Verwundung.

Du mußt uns so früh verlassen,
Rein innig treugesetztes Herz;
Nun stehst du einam und verlassst
In unserm großen tiefen Schmerz.
Du bist so schwer von uns gegangen,
Weißt wir dein Wesen auf der Welt;
Wir warteten in weichen Wangen
Auf jede Nachricht aus dem Feld.
Vorbei ist nun mein ganzes Hoffen.
Seit ich die traurige Kunde traf,
Steh ich hier einsam und gebrochen
Und wünsche mich zu Dir hinab.
Wenn einstmals wird der Sieges-
einzug kommen
Und so mancher kehrt ins Heimat-
land zurück,
Dann werde ich von ferne sehen
Bekommen,
Denn der, den ich liebe, kehrt
Nie mehr zurück!
So schlaf denn wohl in fremder
Erde.
Wenn es ein Wiedersehen gibt,
Kuß ich dich wieder wieder.
Was ich auf Erden treu geliebt.
Die trauernde Gattin
Anna Klemp geb. Schiele
und Tochter Charlotte u. Hertha.
Gütlicher Str. 54. 14938

Geliebt, beweint u. untergeffen!

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 30. Oktober durch Granat-
splitter mein innigstgeliebter Mann,
Sohn, Schwägerjohn, Bruder und
Schwager, der Gefreite

Karl Feldt

Granadier-Regt. 12, 2. Komp.
In tiefstem Schmerz
Die trauernde Gattin
Gertrud Feldt, Hochmeisterstr. 6.

Wie ist es doch so schwer, zu denken,
Dah Du nun nimmer kehrt zurück.
Dein Schritt wird nie sich heim-
wärts lenken,
In Heide-land vollzog sich dein
Schick.
Es fehlt in unserm trauten Kreise
Dein hoher Sinn, dein treues Herz,
Und klingen nicht mehr deine
starken Beine,
Die stets verheißten alle Sorg-
und Schmerz.
Du schließt nun jetzt den letzten
Schlaf,
Beseit von allen Schmerzen,
Das Weh, das dich zu Tode traf,
Jeneit auch uns're Herzen.
Nun, lieber Karl, ruhe sanft in
Frieden,
Geliebt, beweint und untergeffen
von Deinen Lieben. 1274

Als Opfer des Weltkrieges starb
an den Folgen seiner schweren
Verletzung am 23. Oktober 1916
mein über alles geliebter Mann,
guter Sohn, Bruder, Schwager,
Onkel und Schwägerjohn, der
Landsturmmann

Rudolf Angst

Inf.-Regt. 189, 2. Komp.
im 34. Lebensjahre.

Dies zeigt in tiefstem Schmerz an
Frau Henriette Angst
als Gattin nebst allen Angehörigen.

Er war der Beste einer, alle,
die ihn kannten, wissen, was ich
mit ihm verloren. 14756
Ruhe laßt in fremder Erde.

Als Opfer dieses Weltkrieges
fiel am 23. Oktober bei einem
Sturmangriff infolge Duldtschuh
(Granatsplitter) mein über alles
geliebter Mann, der treuorgende
Vater seines einzigen Kindes,
Sohn, Bruder, Schwager und
Onkel, der Landsturmmann

Max Martin

im 35. Lebensjahre.
Dies zeigt an in tiefstem Schmerz
Luise Martin
nebst Sohn **Erich,**
Berlin-Nichtenberg, Lenbachstr. 12.

Wer ihn gekannt, der weiß, was
ich verloren.

Lieber Papa, schlaf in Ruh,
Unsere Liebe deckt Dich zu.
Dein Sohn **Erich.**

Als Opfer dieses Welt-
krieges fiel am 26. Ok-
tober mein einziggeliebter
Sohn, Bruder, Schwager
und Onkel, der Musikler

Hermann Tönniges

Inf.-Regt. Nr. 154, 4. Komp.
im vollendeten 27. Lebensjahre.
Dies zeigen schmerzhaft an
Familie Tönniges.
Margarete Brendel als
verlobte Braut.
Den Aeltern, der so viel Begehr,
galt Du lieber Sohn gefunden.
In unseren Herzen ist Behmut
eingelebt.
Und unheilbare Wunden. 14856
Ruhe laßt in fremder Erde.

